Klassenkampf findet statt – und zwar von oben !

Erich Kowald (erich.kowald@gmail.com); Hallstadt 2018

Version 1.11

Inhaltsverzeichnis

0) Vorwort....2
1) Klassenkampf - gibt es den noch ?....3
2) Ziele des aktuellen Klassenkampfes....5
2.1) Umverteilung nach oben....5
2.1.1) Nur keine Vermögenssteuer – aber Arbeitslosengeld kürzen....5
2.1.2) Der Anteil der Gewinne steigt zulasten der Löhne....7
2.2) Entrechtung der Bevölkerung und Militarisierung....9
2.2.1) Aufbau einer neuen Reservearmee zum Lohndrücken....9
2.2.2) Abbau von Schutzrechten (besonders von ArbeitskraftgeberInnen vulgo ArbeitnehmerInnen)....10
2.2.3) Aufbau eines Überwachungs- und Obrigkeitsstaates....15
2.2.4) Ablenkung von sozialer Ungerechtigkeit durch militärische Interventionen....17
2.3) Privilegien für Firmen/Reiche....18
2.3.1) Nicht SteuerhinterzieherInnen, sondern AufdeckerInnen werden verfolgt....18
2.3.2) Sind Steuersümpfe unantastbar ?....19
2.3.3) Sonderrechte für Konzerne/Reiche....20
3) Mittel des Klassenkampfes von oben....23
3.1) Manipulationsmittel....23
3.1.1) Soziale Ungerechtigkeit als Marktgegeben darstellen....23
3.1.2) Die orwellsche Sprachverfälschung....26
3.2) Sackgasse: 3. Weg der Sozialdemokraten....27
3.2.1) Aufgabe der Verteilungsfrage führt zur politischen Belanglosigkeit....27
3.3) Geld als Mittel für Beeinflussung und zum Korrumpieren....28
3.3.1) Gewinne in politischen Einfluß investieren....28
4) Resuméé....30
4.1) Diskussionsfragen....31
5) Literaturliste....32
5.1) Bücher....32
5.2) Zeitschriften....32
5.3) Weblinks....32

0) Vorwort

In dieser Arbeit geht es darum, die Komplexität des aktuellen Klassenkampfes von oben aufzuzeigen. Daher wurde nicht ein Thema herausgenommen, sondern viele Themen (die alle zusammenspielen) aufgelistet. Ich glaube zwar, daß die Auflistung umfassend ist, aber ich erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Auf Anregung und Feedback von Jakob Kapeller sind die Themen nicht einfach aufgelistet, sondern in Bereiche und Gruppen aufgegliedert. Damit wird auch deutlicher, wie komplex der aktuelle Klassenkampf von oben ist.

Diese Arbeit enthält nur minimale Lösungsansätze, denn diese Arbeit versucht vor allem durch Beschreibung des Vorgehens der Reichen und Konzerne sowie der Situation bewußt zu machen, daß es wieder Klassenkampf gibt.

Dieses Bewußtsein ist wichtig, damit die anderen Klassen/Schichten sich wehren können. So wie sie es Ende des 19.Jahrhunderts und im 20. Jahrhunderts schafften, ihren Anteil am Wohlstand einzufordern.

Wie die Auflistung aufzeigt, wird auch der Widerstand dagegen in vielen Bereichen aktiv werden müssen.

1) Klassenkampf - gibt es den noch ?

Klassenkampf.

Wer den Begriff in der Öffentlichkeit nennt, erntet sofort ablehnende Reaktionen. Von "Ewiggestriger/m" ist die Rede. Jemand, der nicht bemerkt hat, daß es die Sowjetunion nicht mehr gibt.

Uns geht es doch gut !!!

Stimmt das ?

Laut Wikipedia bedeutet Klassenkampf, *„ökonomische, politische und ideologische Kämpfe zwischen gesellschaftlichen Klassen“*.[1]

Der grüne Gewerkschafter Lukas Wurz hat erfaßt, wie sich die Verteilung der unselbständigen Löhne/Gehälter seit 1975 entwickelt hat. Er hat dabei eine Statistik erstellt, die alle unselbständigen EinkommensbezieherInnen in 5 Gruppen unterteilt:

- Das 1. Quintil (die untersten 20% der Einkommen)
- ...
- bis zum 5. Quintil (die obersten 20% der Einkommen)

Dabei ist deutlich zu erkennen, daß nur die BezieherInnen der obersten 20 Prozent ihren Gesamtanteil vergrößert haben (von 40% auf 47,4%).
Alle anderen haben verloren, oder minimalst dazugewonnen (4. Quintil, von 24% auf 24,6%).

Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen, 1976 – 2010

	Einkommensanteile in %										
ArbeitnehmerInnen insgesamt	1976	1982	1987	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
1. Quintil	4,8	4,5	5,4	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2	2
2. Quintil	12,7	12,4	12,7	10,9	10,2	10,2	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2
3. Quintil	18,3	18	17,7	17,7	17,4	17,4	17,1	17	17	16,9	16,8
4. Quintil	24	23,9	23,1	24,1	24,1	24,2	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6
5. Quintil	40,2	41,2	41	44,4	45,7	46,5	46,5	46,9	47,1	47,4	47,4

Am ärgsten hat es die untersten 20% der Einkommen getroffen. Ihr Anteil am Gesamtvolumen der Einkommen ist von 4,8% auf 2% gesunken. Das ist ein Rückgang um über 50% für die betroffene Schicht.
Selbst wenn man davon ausgeht, daß in den letzten Jahren die Prekären und Teilzeit-Jobs stark zugenommen haben (während in den 70er Jahren fast nur Vollzeitarbeitsplätze gegeben hat), erklärt dies nicht, warum nur die oberste Klasse auf Kosten der unteren 3 Quintile zugelegt hat.

Wenn in all den Jahrzehnten nur eine Schicht vom steigenden Wohlstand profitiert und Medien, Politiker, Think Tanks, Lobbyisten, Ökonomen alle Versuche abwehren, daß sich das ändert - ist das nicht auch ein Klassenkampf ?

1 *[in WIKI_KLASSENKAMPF]*

Nicht umsonst hat Warren Buffet vor ein paar Jahren gesagt:

> *„Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht“*[2]

Dieser Klassenkampf von oben ist momentan an vielen Themen zu bemerken, wie die nachfolgenden Kapitel aufzeigen.

2 *[Zitiert bei Rosemarie Schwaiger. Warren Buffett: Das nette Gesicht des Kapitalismus. Die Presse 28. 08.2010]*

2) Ziele des aktuellen Klassenkampfes

2.1) Umverteilung nach oben

2.1.1) Nur keine Vermögenssteuer – aber Arbeitslosengeld kürzen

Wir haben seit Jahren FinanzministerInnen, welche Vermögenssteuern als Neiddebatte ablehnen, aber dessen/deren ParteikollegInnen Verschärfungen der Arbeitslosenbedingungen und Mindestsicherung fordern und diese umsetzen. (Wie die aktuelle Regierung gerade vorhat.)

Dieses Ablehnen von Vermögenssteuern zeigt sich in vielen Bereichen. Sei es, daß ein Unternehmer (KTM-Chef Pierer) sich über Lichtenstein anstellen lassen kann, um so Lohnsteuer zu sparen. Durchgewinkt wurde dieses Steuersparmodell von Finanzminister Schelling. Als das herauskam, hat der Finananzminister sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt - um herauszufinden, wer diese Info weitergegeben hat.[3] Oder daß die FinanzministerInnen die Steuerfahndung (auch für Großunternehmen) personell ausdünnen.[4] Dies obwohl jeder Steuerfahnder dort ~ 26x soviel einbringt,[5] wie er dem Staat kostet.
Es ist nicht sowenig Geld, das dem österreichischen Fiskus durch solche Nachlässigkeiten und Steuertricks verloren geht. Es wird vermutet, daß es mindestens 1 Milliarde EUR jährlich ist.[6] Noch mehr wäre es, wenn man den Entgang durch das Fehlen einer Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer einrechnen würde.
Obwohl wir große Probleme mit den Budget-Defizit haben, haben die türkis/schwarzen FinanzministerInnen keinerlei Interesse diese Quellen zu erschließen.[7]

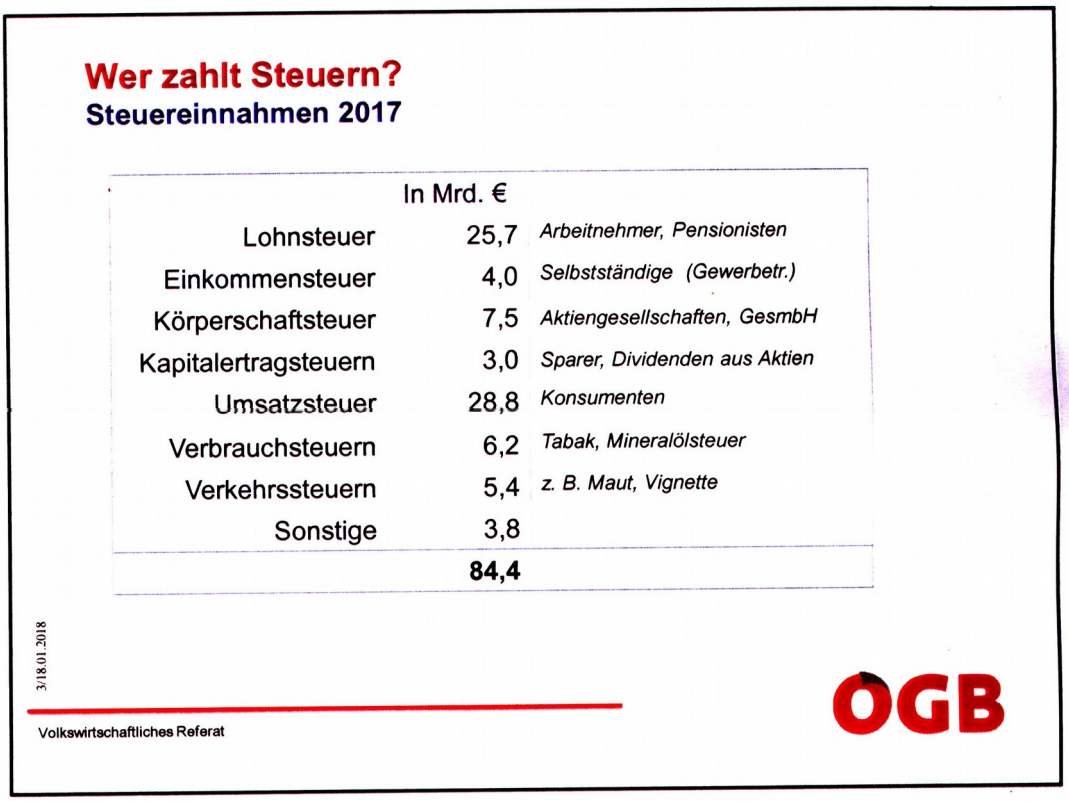
Anders schaut es beim Umgang mit Arbeitslosen und sozial Bedürftigen aus. Hier werden von Konservativen, WirtschaftsexpertInnen, UnternehmervertreterInnen seit Jahren Verschärfungen gefordert. So haben NÖ- und die OÖ-Landesregierungen verfassungswidrig Obergrenzen für die Auszahlung von Mindestsicherung eingeführt.[8]
Die aktuelle Regierung toppt es, indem sie bei Arbeitslosen die Notstandhilfe durch die Mindestsicherung ersetzen will. Damit droht mit Arbeitslosigkeit ein soziales Abrutschen, weil staatliche Hilfe in Zukunft erst dann in Anspruch genommen werden kann, wenn man fast nichts mehr hat.[9]
Das Tragische ist, daß das Arbeitslosengeld eine Versicherungsleistung ist, die manche Jahrzehntelang einzahlen. Und all das wird ignoriert, indem die Betroffenen nach 6-12 Monaten auf Mindestsicherung gesetzt werden. Niemanden fällt dieser Widerspruch auf, es gibt keine öffentliche Diskussion darüber. Nicht einmal die „kritischen“ Medien berichten über diesen Widerspruch.

3 *[in STEUERSPARMODELL_PIERER_OEFFENTLICH]*
4 *[in OEVP_FOERDERT_STEUERTRICKS]*
5 *Ein durchschnittlicher Steuerfahnder für Großunternehmen kostet dem Staat ~ 75.000 EUR/jährlich und bringt aber ~ 2.000.000 EUR (2 MillionenEUR)/jährlich.*
6 *[in OESTERREICH_VERLIERT_DURCH_STEUERTRICKS]*
7 *[in FINANZMINISTER_LOEGER_FOERDERT_STEUERTRICKS; OESTERREICH_VERLIERT_DURCH_STEUERTRICKS; FINANZMINISTER_FOERDERN_STEUERSUEMPFE; FINANZMINISTER_FOERDERT_STEUERTRICKS]*
8 *[in OOE_MINDESTSICHERUNG_REDUZIERT]*
9 *[in MINDESTSICHERUNG_STATT_NOTSTANDSHILFE]*

Es wird in Medien auch widerspruchslos berichtet, wenn Wirtschaftsexperten, Lobbyisten der Wirtschaft oder PolitikerInnen verlangen, daß Löhne gesenkt werden.[10] So kann sich der WiFo-Chef ein begrenztes Hartz IV vorstellen.[11] Ein anderer Ökonom hält Lohndumping als Voraussetzung für Flüchtlingsintegration.[12] Warum eigentlich ?

Was spricht dagegen, daß sich die Reichen, die am meisten im Staat von der aktuellen Situation profitieren, auch am Budget beteiligen ?

Georg Kovarik vom volkswirtschaftlichen Referat des ÖGBs hat die einzelnen Budget-Posten aufgelistet. Dabei fällt folgendes auf:
Die größten Posten sind Mehrwertsteuer und Lohn-/Gehalts-Steuer.



Wer zahlt Steuern?
Steuereinnahmen 2017

	In Mrd. €	
Lohnsteuer	25,7	*Arbeitnehmer, Pensionisten*
Einkommensteuer	4,0	*Selbstständige (Gewerbetr.)*
Körperschaftsteuer	7,5	*Aktiengesellschaften, GesmbH*
Kapitalertragsteuern	3,0	*Sparer, Dividenden aus Aktien*
Umsatzsteuer	28,8	*Konsumenten*
Verbrauchsteuern	6,2	*Tabak, Mineralölsteuer*
Verkehrssteuern	5,4	*z. B. Maut, Vignette*
Sonstige	3,8	
	84,4	

3/18.01.2018

Volkswirtschaftliches Referat

ÖGB

Das sind sogenannte Massensteuern. Gezahlt werden sie zwar auch von Managern (als Angestellte) und Reichen (die Mehrwertsteuer), die Hauptlast wird aber von den normalen SteuerzahlerInnen (Angestellte, ArbeiterInnen) und uns allen (Angestellte, ArbeiterInnen, PensionistInnen, SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslosen, ...) bei der Mehrwertsteuer getragen. Auch all jene, die zuwenig verdienen, um Lohn-/Gehaltsteuer zu zahlen, müssen bei den täglichen Einkäufen Massensteuern zahlen.
Dies wären 25,7 Milliarden an Lohn-/Gehaltsteuer und 28,8 Milliarden an Mehrwertsteuer.

10 *[in KAPSCH_ARBEITSERLAUBNIS; Kapsch fordert Arbeitserlaubnisse für Flüchtlinge, ruhig auch unter den durch die Kollektivverträge festgelegten Mindestgehältern. Hauptsache die Flüchtlinge haben Arbeit und können sich so integrieren];*
11 *[in WIFO_FUER_BEGR_HARTZ4]*
12 *[in LOHNDUMPING_FUER_FLUECHTLINGSINTEGRATION]*

Wenn man nun davon ausgeht, daß auch die Verbrauchssteuern (wie Tabaksteuer, Mineralölsteuer, ...) hauptsächlich von den Massen (80%) bezahlt werden und nicht vorwiegend von den Reichen/Wirtschaft (20%), dann kommen noch 6,2 Milliarden Euro hinzu.

Bei den Verkehrssteuern (wie Maut, Vignette) würde ich auch meinen, daß es vorwiegend die die Allgemeinheit zahlt. Sei es über die Warenpreise (LKW-Maut) oder direkt (Vignette). Dann kommen noch einmal 5,4 Milliarden hinzu.

Von der Allgemeinheit würden demnach 66,1 Milliarden zum Budget beigetragen werden.

Eindeutig von der Wirtschaft kommt die Körperschaftssteuer. Von den bisher 7,5 Milliarden Euro sollen der Wirtschaft nun 3 Milliarden erlassen werden, sodaß nur noch 4,5 Milliarden übrig bleiben (ist -40%).

Da nur die Reichen wirklich viel Geld haben, gehe ich einmal davon aus, daß sie den größten Anteil der Kapitalertragssteuer von 3 Milliarden zahlen.

Von den FirmenbesitzerInnen kommen noch 4 Milliarden an Einkommenssteuer hinzu.

Von den Reichen würden demnach 11,5 Milliarden zum Budget beigetragen werden.

Das wären 17% von dem, was der Rest der Bevölkerung zum Budget beiträgt. (Vor dem Senken der Körperschaftssteuer waren es 25%).
Trotzdem wird seit Jahrzehnten nur Politik für jene gemacht, die am wenigsten zum Budget beitragen.

2.1.2) Der Anteil der Gewinne steigt zulasten der Löhne

Wenn die Verteilung zwischen Gewinne und Löhne/Gehälter immer mehr zugunsten der Gewinne ausfällt, ist das ein Zeichen von Klassenkampf. Vor allem, wenn auch innerhalb der Löhne und Gehälter nur die Obersten zunehmen.

So hat sogar der Rechnungshof festgestellt, daß die ArbeiterInnen zwischen 1998 und 2014 über 14% Reallohnverlust hinnehmen mußten.[13] Eine AK-Studie wiederum hat festgestellt, daß in den ATX-Unternehmen die Managergehälter zwischen 2003 und 2013 um ~ 170% gestiegen sind, die Gewinne „nur“ um ~70%. Ganz abgeschlagen waren dagegen die Zuwächse der Gehälter der MitarbeiterInnen, die im selben Zeitraum nur um ~ 30% gestiegen sind.[14] Dieses massive Ansteigen der Managergehälter ist nicht auf ATX-Unternehmen beschränkt.[15]

13 *[in MASSIVER_REALLOHNVERLUST]*
14 *[in AK_FUER_SIE, S. 9]*
15 *[in MASSIVE_STEIGERUNG_MANAGERGEHAELTER]*

Diese Entwicklung gibt es, seit sich in den 80er Jahren mit Thatcher und Reagen die Shareholder-Value Ideologie durchgesetzt hat. Profite der Eigentümer seien wichtiger als alles andere.

Interessanterweise hat aber gleichzeitig eine Entwicklung eingesetzt, die Unternehmerrisiken auf die MitarbeiterInnen und/oder die Allgemeinheit/Staat zu schieben. Dies geschieht auf mehreren Ebenen:

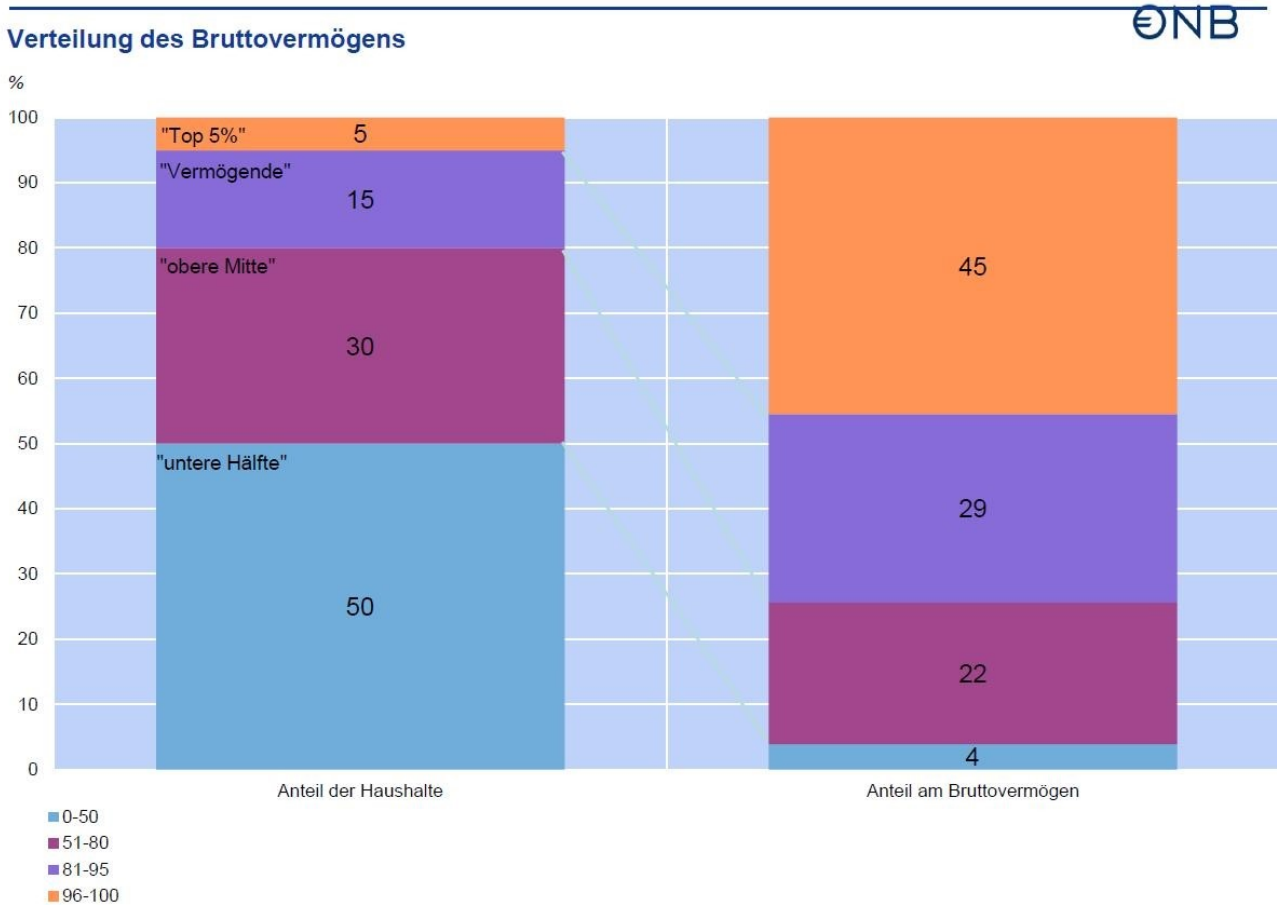
1. So wird das Risiko der fehlenden Auslastung immer stärker auf die MitarbeiterInnen abgeschoben. Sei es mit (fast unbezahlten) Praktikas,[16] LeiharbeiterInnen, Scheinselbständigen,[17] Pseudo-Werkverträgen und Lohndruck[18] durch Import von Arbeitskräften aus Billiglohnländern. Seit neuestem müssen österreichische UnternehmerInnen max. 855 EUR für Lohndumping zahlen. Egal wie viele MitarbeiterInnen davon betroffen sind.[19] Am weitesten sind sie dabei in Großbritannien, mit 0-Stunden Verträgen. Die MitarbeiterInnen müssen die ganze Woche abrufbereit sein, auch wenn sie vielleicht nur für eine halbe Stunde zum Arbeiten gerufen werden. Bezahlt werden aber nur die Arbeits- nicht die Bereitschaftsstunden.[20]
2. Den Firmen/Konzernen werden immer mehr Privilegien/Monopole zugeschanzt, wie die Investitionsschutzabkommen.[21] Diese verkommen immer mehr zu Klagen wegen Gewinnentgang. Das was früher als „Unternehmerrisiko“ abgeschrieben werden mußte, wie Änderungen in der Gesetzgebung, bei den Arbeiterrechten, beim Konsumentschutz und im Naturschutz wird nun zum Klagsgrund. Und das Schöne dabei: Von den Unternehmen selber wird keinerlei Einhaltung von Gesetzen verlangt.[22] Letztendlich werden über Wirtschaftsverträge die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten der Parlamente eingeschränkt.[23]
3. Die Politik sieht dem Verschieben von Gewinnen aus Hochsteuerländern in Steuersümpfe tatenlos zu.[24]
4. Sollten Spekulationen wirklich einmal fehlschlagen - wie 2007 -, dann steht die Allgemeinheit sofort bereit, die Verluste mit Budgetmitteln zu mildern.

Für UnternehmerInnen, FondsmanagerInnen, EigentümerInnen ist es eine schöne Zeit. Ihr Anteil am Gewinn steigt stetig, während gleichzeitig ihr Anteil am Unternehmerrisiko sinkt.

Dazu paßt, daß im österreichischen Staat die Vermögen der Reichen nicht erfaßt sind. So mußte 2013 eine Studie der Linzer Universität über Vermögen eigene Schätzmodelle entwickeln um die Vermögen der obersten 10% annähernd festzustellen. Die ÖNB hat 2010 eine eigene Schätzung

16 *[in AUSBEUTUNG_PRAKTIKANTEN]*
17 *Den Gipfel schießt Ryanair ab. Dort sind die Piloten als selbständige Unternehmer eingestellt. Das kennt ja jeder, man ist Arbeitslos, kauft sich um ein paar hundert Millionen EUR eine Passagiermaschine und fragt dann bei einer Fluglinie an, ob man für sie fliegen darf. [in RYANAIR_SELBST_PILOTEN]*
18 *[in EINKOMMEN_SINKEN]*
19 *[in BILLIGER_SOZIALBETRUG]*
20 *[in GB_NULL_STUNDENVERTRAEGE]*
21 *[in INVESTORENSCHUTZKLAGEN_EXTREM_GESTIEGEN]*
22 *[in SCHIEDSGERICHTE_VERFASSUNGSWIDRIG; TTIP_KONZERNE_EINFLUSZ]*
23 *So ist das Ergebnis von 20 Jahren NAFTA, daß sich Kanada keine Verabschiedung von sozialen oder ökologischen Gesetzen mehr traut. Jedesmal wenn ein entsprechendes Gesetz diskutiert wird, kommt ein Brief aus einer US-Rechtsanwaltskanzlei, mit dem Hinweis Konzern xyz würde xxxx Millionen durch das Gesetz verlieren und eine entsprechende Klage starten, wenn das Gesetz beschlossen wird. [in WIRTSCHAFT_KNEBELT_PARLAMENTE]*
24 *[in FINANZMINISTER_FOERDERN_STEUERSUEMPFE; FINANZMINISTER_FOERDERT_STEUERTRICKS; FINANZMINISTER_LOEGER_FOERDERT_STEUERTRICKS]*

veröffentlicht, die feststellt, daß die Reichsten 20% fast 75% der Vermögen besitzen.



2.2) Entrechtung der Bevölkerung und Militarisierung

2.2.1) Aufbau einer neuen Reservearmee zum Lohndrücken

Seit langem sind Arbeitslose ein besonderes Ziel von PolitikerInnen und Medien. Ihnen wird pauschal „tachinieren“ vorgeworfen. „Wer will, findet eine Arbeit“ ist der häufigste Vorwurf. Nur kann man von der Bezahlung auch leben ? Viele (Zwangs-)PraktikantInnen können ein Lied davon singen.[25]

Vergessen wird in der Diskussion (bewußt ?), daß das Verhältnis Arbeitslose : offene Stellen bis vor kurzem noch 10:1 waren. Und das sagt noch nichts über die Qualität der angebotenen Jobs aus. Selbst wenn alle offene Stellen besetzt werden würden, hätte man die Arbeitslosigkeit nur auf 90% gesenkt. Was nützt es, wenn die Bedingungen für Arbeitslosigkeit verschärft werden, wenn es keine offene Stellen gibt ?
Außer man möchte, daß die Arbeitslosen Jobs zu jeder Bedingung (auch unter dem Kollektivvertrag) annehmen. So würden die normal bezahlten Jobs unter Druck geraten, und die

25 *So wurde ein Praktikantin in der Gastronomie für 4 Monate mit 200 EUR „bezahlt“ [in AUSBEUTUNG_PRAKTIKUM]*

Menschen müßten zwischen Lohnverzicht und anderen Erschwernissen oder dem Jobverlust wählen.

Das dies das Ziel ist, hat die türkis/schwarz/blaue Regierung Anfang dieses Jahres gezeigt. Die Arbeitsbedingungen und Bezahlung für Köche in der Tiroler Gastronomie/Tourismus sind so schlecht, daß die offenen Stellen nicht besetzt werden können. Die Lösung der Regierung: die Branche ist auf die Mangelliste gesetzt worden und nun können Köche aus Billigstlohnländern importiert werden.[26] Dazu passen auch entsprechende Forderungen von ÖkonomInnen nach Lohndumping und Hartz IV.[27]
In einer sozial gerechten Welt hätten die Wirte ihre Arbeitsbedingungen und Bezahlungen so ändern müssen, daß die Arbeitsplätze auch für MitarbeiterInnen wieder interessant werden.

Dabei wäre die Lösung so einfach. Investionen in den Arbeitsmarkt zahlen sich aus, wie Studien beweisen.[28] Entsprechende Förderungsprogramme sind lange Zeit von der ÖVP-Regierungsfraktion und Wirtschaftskammer behindert worden. Wenn man ihre aktuellen Gesetzesvorlagen sieht, weiß man warum.
Anscheinend wollen sie wie im 19. Jht. wieder eine arbeitslose Reserverarmee aufbauen, die alle jene unter Druck setzt, die noch einen Job haben.[29] Sie sollen durch die Damoklesschwerte der Kündigung und des sozialen Abstieges gefügig für alle (Verschlechterungs-)Wünsche und Anforderungen der ArbeitsplatzgeberInnen (vulgo ArbeitgeberInnen) gemacht werden.

2.2.2) Abbau von Schutzrechten (besonders von ArbeitskraftgeberInnen vulgo ArbeitnehmerInnen)

In den letzten Jahren sind Schutzrechte für ArbeitskraftgeberInnen (vulgo ArbeitnehmerInnen), KonsumentInnen, Naturschutz, Privatsphäre immer stärker in die Kritik gekommen und es gab (auch auf EU-Ebene) viele Versuche diese abzubauen. Eine der Hauptbegründungen ist, die Wettbewerbsfähigkeit durch Senken der Lohnkosten wieder herzustellen.
Allerdings ist in den letzten Jahren der Anteil des Profits, sind die Gewinnausschüttungen immer weiter gestiegen. So stellte die AK fest, daß die Gewinnauszahlungen (Profite) 2014 achtmal so stark gestiegen sind wie der Personalaufwand.[30]
Profite sind auch Teil des Preises, und hohe Profite führen auch zu hohen Preisen. Niemanden scheint dieser Zusammenhang zu stören. Verständlich, denn jene, die über die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten klagen, sind meist VertreterInnen/LobbyistInnen der Wirtschaft. Aber es spricht für den schlechten Zustand unserer Medien, daß nicht einmal dort Kritik bzw. ein Hinterfragen an den Aussagen (ihrer Anzeigenkunden ?) geübt wird.

26 *[in FACHKRÄFTEMANGEL_FUER_LOHNDUMPING]*
27 *[in WIFO_FUER_BEGR_HARTZ4; LOHNDUMPING_FUER_FLUECHTLINGSINTEGRATION]*
28 *[in ARBEITSMARKTINVESTIONEN]*
29 *[in WIKI_RESERVEARMEE]*
30 *[in GEWINNAUSSCHUETTUNG_GESTIEGEN]*

Die Industriellenvereinigung hat vor kurzem eine Liste von Änderungswünschen veröffentlicht, die vor allem aus Streichungen von Arbeitsschutzrechten besteht. Es geht darum um Punkte, wie kein Mutterschutz mehr, nur mehr 4 Wochen Urlaub, … Da fühlt man sich in das 19. Jht. zurückversetzt.[31] Bezeichnenderweise sind aber auch Punkte darin, wie private statt öffentlicher Müllentsorgung, die zeigen worum es wirklich geht: Um Steigerung der eigenen Profite auf Kosten der Allgemeinheit und der eigenen MitarbeiterInnen.[32]

Dabei gibt es schon 2 Länder in der EU, in denen deutlich wird, wie schädlich sich der Sozialabbau auf die betroffenen Menschen und die Gesamtwirtschaft auswirkt: Deutschland und Griechenland.

2.g.a) Wie Deutschlands HARTZ IV zu Lohndumping führt

Deutschland hatte mit seinen HARTZ IV Gesetzen eine neue Gesellschaftsschicht geschaffen: die Rechtlosen.

Hartz IV EmpfängerInnen sind ihren AMS(-WärterInnen ?)-BetreuerInnen völlig ausgeliefert. Sie müssen jeden Job annehmen, sonst werden sie mit bis zu 100% Kürzungen bestraft. Das führt natürlich zu Auswüchsen. So mußte eine Frau erst über Gericht das Recht einklagen, einen Job im Sexshop ablehnen zu dürfen.[33] Mittlerweile ist bekannt, daß über 52% der Hartz IV Bezieher Facharbeitskräfte sind, die aufstocken.[34]

Wie konnte das passieren ?

Eine der Ziele von HARTZ IV war die Schaffung eines Niedrigstlohnsektors. Dazu wurden die Betroffenen gezwungen jede angebotene Arbeit anzunehmen. Zusätzlich konnte man noch 1-EURO Jobs oder 0-EURO-Jobs zugeteilt werden. Vor allem Gemeinden nützten dies, um ausgelagerte Bereiche (z.B.: Parkgärtner) durch solch billige Arbeitskräfte zu ersetzen. Aber auch in privaten Wirtschaftsbetrieben wurden normale Arbeitsplätze durch 1-EURO Jobs ersetzt. Die Anzahl jener, die aufgrund solch einer AMS-Zuweisung in normale Jobs übernommen wurden, ist minimal. Aber für die Wirtschaft ist es eine versteckte Subvention.[35] Und jene, die die durch 1- oder 0-EURO Jobber ersetzt wurden, wurden meist selbst arbeitslos. So wurde wieder eine „Reservearmee“ (wie die Industrielle des 19.Jhts.) geschaffen.

Über all jenen, die noch einen Job haben und nicht all das machen, was die ArbeitsplatzgeberInnen (vulgo ArbeitgeberInnen) wünschen, hängt das doppelte Damoklesschwert:

a) Sie können jederzeit durch einen Anderen aus der Masse der Arbeitslosen ersetzt werden, welche aufgrund des Wunsches, aus Hartz IV zu entkommmen, auch

31 *[in IV_SOZIALABBAU; SOZIALABBAU_ALS_GOLDPLATING; SOZIALABBAU_ALS_GEFAHR]*
32 *[in IV_SOZIALABBAU]*
33 *[in KEINE VERMITTLUNG_SEXSHOP]*
34 *[in FACHKRAEFTE_ALS_AUFSTOCKER]*
35 *[in HARTZ_IV_HAMSTERRAD]*

niedrigere Löhne in Kauf nehmen.

b) Arbeitslosigkeit bedeutet wieder sozialen Abstieg.

- Denn Hartz IV BezieherInnen dürfen nichts besitzen, max. 4000,- EUR. Und die Hartz IV Bezüge sind so knapp berechnet, daß man auch nichts ansparen kann.
- Da braucht nur ein größerer Unglücksfall kommen (Krankheit, Wohnungsschaden, …) und man hat gar nichts mehr.
- Der Bezug bedeutet auch, daß man jederzeit (auch in der Wohnung) kontrolliert werden kann, ob die Angaben auch stimmen.[36]

Ein anderes Ziel ist die Drangsalierung der Betroffenen. So wurde ein *„soziales Recht (Arbeitslosenhilfe) in einen Fürsorgestatus mit strengen Zumutbarkeitsregeln verwandelt“*[37]
Dazu paßt, das alle Gesetzesänderungen seit der Einführung von Hartz IV nur Verschärfungen der Zumutbarkeitsregeln bzw. der Überwachung, sowie Abbau der Rechte der Betroffenen waren.
Die letzte Änderung gab den AMS-BetreuerInnen das Recht (die Pflicht ?), die Auszahlung an die eigene Einschätzung der sozialen Angepaßtheit der Betroffenen zu koppeln. Wer nicht paßt bzw. sozialwidrig (?) benimmt, bekommt Kürzungen der Auszahlungen. Dabei reicht oft nur ein Verdacht des Betreuers, um Untersuchungen starten zu dürfen. Die Betroffenen dürfen nicht einmal Wohnungsdurchsuchungen verweigern.[38] Anscheinend werden Kafkas Bücher als Vorlage benutzt für die Hartz IV-Entwürfe verwendet.
Ziel ist es, so viel Druck auf die Hartz IV BezieherInnen auszuüben, daß sie jeden Job zu jeder Bedingung und auch zur schlechtesten Bezahlungen annehmen, nur um aus dem Hartz IV System herauszukommen.

Als Ergebnis dieser Drangsalierung ziehen sich viele Hartz IV Betroffene aus der demokratischen Mitgestaltung zurück. Sie werden auch von den Medien meist nur mit Verdächtigungen überhäuft. Und das obwohl mittlerweile mehr als 14,5 Millionen Deutschen (~ 17%) zumindestens zeitweilig Hartz IV Empfänger waren.[39]
Letzendlich führt dies zu einer anderen Republik. Es beteiligen sich nur noch die SystemgewinnerInnen an Wahlen. Wie damals im Kurienwahlrecht, in dem nur Reiche mitbestimmen durften.[40] Nur „besser“, weil nun die Armen „freiwillig“ nicht wählen gehen, während sie damals noch explizit ausgeschlossen werden mußten.

2.g.b) Griechenlands „Rettung“ auf Kosten der Allgemeinheit und des Staates

In Griechenland wurde über das Troika-Diktat die ganze neoliberale Wunschliste (Sozialabbau und Privatisierungen) umgesetzt:

- Das hieß Privatisierungen von gewinnbringenden Firmen, und Behalten von

36 *[in STAATSANWALT_JOBCENTER]*
37 *[in HARTZ_IV_HAMSTERRAD]*
38 *[in HARTZ_IV_VERSCHAERFUNG; SOZIALWIDRIGES_HARTZ_IV; STAATSANWALT_JOBCENTER]*
39 *[in HARTZ_IV_VIELE_BETROFFENE]*
40 *[in HARTZ_IV_TRANSFORMATION_DEMOKRATIE]*

Verlustbringenden.[41]

- Das hieß Bankenrettung mit Staatsgeldern.Verkauf der Good Bank zu Schleuderpreisen, und behalten der Bad Bank mit den Schulden in Staatsbesitz.[42]
- Das hieß Reduzierung der Pensionsfonds, Reduzierung der Ausgaben für Gesundheit, Soziales und Bildung. Aufgezwungene Lohnreduzierungen, Einschränkung der Gewerkschaftsmacht, Reduzierung der Kollektivvertragszuständigkeiten, Erleichterungen von Kündigungen, Reduzierung der Arbeitsschutzrechte, viele Menschen sind mittlerweile nicht mehr sozialversichert, die Kindersterblichkeit ist gestiegen, … .[43]

Eigentlich hätte Griechenland nun wie ein Phönix mit lauter Wirtschaftswachstum gesegnet, alle Probleme los werden müssen. Stattdessen sank das BIP (Bruttoinlandsprodukt) um 30%.[44] So ein starker Rückgang in Friedenszeiten ist einmalig für einen westlichen Staat. Ein Krieg hätte nicht mehr ökonomische Verwüstung hinterlassen können.
Die Armut grassiert, viele Junge gehen zur Jobsuche nach Bulgarien. Das ist genauso, als würden ÖsterreicherInnen Jobs in Ost-Ungarn oder in der Ukraine suchen, weil die Bezahlung besser als in Östereich ist.
Die Troika-Politik ist gescheitert. Warum dieses Vorgehen gescheitert ist, ist einfach zu erklären:

- Wenn der private und staatliche Konsum massiv reduziert wird, muß das auch das BIP entsprechend zurückgehen.

Die Griechenland-“Rettung“ ist allerdings nicht gescheitert, wenn es gar nicht darum geht, die Allgemeinheit und den Staat zu sanieren. Wenn es darum geht die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen, dann ist diese Politik erfolgreich gewesen.

Trotz all diesem Wissen wird auch auf EU-Ebene seit Jahren versucht Hartz IV und die Troika-Politik allen EU-Staaten, zumindestens aber den EURO-Staaten aufzuzwängen.

So versucht die EU-Kommission gerade den *„Vorschlag zur Veränderung der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds“* durchzubekommen.[45] Darin werden Staaten belohnt für Anhebung des Pensionsalter, Flexibilierisierung der Arbeitsmärkte/Arbeitszeiten, Absenkung von Mindestlöhnen, … Hier wird unter dem Thema *„robustere Wirtschaftsstrukturen fördern“* beinharter Sozialabbau betrieben.

Schon heute fordert die EU-Kommission bei jeder Gelegenheit *„die Löhne im öffentlichen Dienst einzufrieren, die Tarifvertragssysteme zu dezentralisieren* (Kollektivverträge von Gewerkschaften

41 *Fraport (Frankfurter Flughafen GesmbH) hat die gewinnbringenden griechischen Regionalflughäfen gekauft, während die verlustbringenden in Hand des griechischen Staates blieben[in ALLES_MUSZ_RAUS]*

42 *Ende 2016 wurden griechischen Banken verstaatlicht, die sonst wegen ihrer Schulden bankrott gegangen wären. Von diesen Banken wurden die Verluste in Bad Banks abgespalten. Auf Druck der EU-Kommission mußten die Good Banks bis zu einem Stichtag verkauft werden, unabhängig vom erzielten Preis. Dies wurde natürlich von den privaten Verhandlungspartnern entsprechend ausgenutzt [in BANKENRETTUNG_AUF_KOSTEN_DES_STAATES]*

43 *[in MILLIARDEN_ANSTATT_ARBEITNEHMERRECHTE]*

44 *[in GRIECHENLAND_VERWUESTET]*

45 *[in EU_TROIKA_FUER_ALLE]*

in Betriebe zu verlagern), *Arbeitsmärkte zu flexibilisieren, Lohnindexierung abzuschaffen usw. Und das übrigens mit deutscher Unterstützung.*“[46]

Bei internationalen Freihandelsverträgen werden einerseits den Konzernen Sonderklagerechte zugestanden, andererseits *„der jeweils niedrigste Standard eines Vertragspartners automatisch anerkannt“*.[47]
Wenn also Produkte in der EU aufgrund ihrer Gefährlichkeit verboten sind, oder während der Produktion bestimmte Sicherheitsanforderungen eingehalten werden müssen, aber in den USA nicht, dann darf das US-Produkt importiert werden. Fehlende Sicherheitsstandards verbilligen normalerweise Produkte. Wodurch Druck auf die EU-ProduzentInnen ausgeübt wird, auch so billig und risikoreich zu produzieren, um nicht Martkanteile zu verlieren. Und am leichtesten geht es, indem man auch die Sicherheits- und Lohnstandards senkt.
Wer sich das Vorbild von TTIP das NAFTA-Abkommen zwischen Mexiko, USA und Kanada ansieht, findet genau diese Entwicklung.[48]

Man muß aber nicht so weit schauen. Die Türkis/Schwarz/Blaue Regierung hat mit der Pauschalierung von Strafen für Verfehlungen nach dem Arbeitsrecht den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping untergraben und einen weiteren Vorteil für große Firmen geschaffen.[49] Es gibt in Österreich ca. 10x so viele Arbeitslose wie offene Stellen und ein Förderprogramm für Langzeitsarbeitslose über 50 wurde eingestellt.[50] Gleichzeitig soll das Arbeitslosengeld auf ein Hartz IV-System umgestellt werden.[51] Auch hier ist das Ziel, auf die Arbeitslosen so viel Druck auszüben, daß sie Jobs zu jeden Bedingungen auch unterhalb von Kollektivvertrags-Stufen annehmen. Nur damit sie wieder aus dieser Drangsalierungsmaschine herauskommen.

Schon seit langem gibt es das Problem, daß junge Menschen Praktika als Teil ihrer Ausbildung machen müssen. Und seit vielen Jahren werden sie als billige bzw. teilweise Gratis-Arbeitskräfte mißbraucht.[52] Während in früheren Zeiten, die Firmen versuchten auf diese Weise gute Arbeitskräfte zu finden und mit guter Bezahlung ein Hineinschnuppern in den Betrieb attraktiv zu machen.

Unter dem Stichwort "Gold Plating vermeiden" werden seit Jahren Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und Konsumentenrechte ausgehebelt. Kein Gold-Plating sind natürlich die in Kapitel 2.3.3) erwähnten Privilegien für Konzerne. Warum eigentlich ?

46 *[in EU_TROIKA_FUER_ALLE]*
47 *[in TTIP_SENKT_ARBEITNEHMERINNENRECHTE]*
48 *[in NAFTA_JOBZERSTOERER]*
49 *[in BILLIGER_SOZIALBETRUG]*
50 *[in AUS_AKTION_20.000]*
51 *[in OESTERREICH_HARTZ_IV]*
52 *[in AUFSTAND_PRAKTIKANTINNEN]*

2.2.3) Aufbau eines Überwachungs- und Obrigkeitsstaates

Seit dem „Krieg gegen den Terror“ wurden in westlichen Staaten sukzessive die Überwachung vorange- und der Abbau der Bürgerrechte be-trieben. Begründet wurde dies mit dem mächtigen „Außenfeind“ Terrorismus.
Dabei stört es die Verantwortlichen nicht, daß ein Großteil der beschlossenen Maßnahmen den jeweiligen Verfassungen (z.B.: Vorratsdatenspeicherung) widersprechen. Für Europa gilt dies bei der Vorratsdatenspeicherung sowohl auf EU- als auch auf nationalstaatlicher Ebene.

Die Ausweitung der Überwachung betrifft mittlerweile alle Bereiche. So hat der deutsche Bundestag dem BND die Überwachung der Internetknoten erlaubt.[53] Bayern hat nun die Möglichkeit „Gefährder“ unbegrenzt zu inhaftieren.[54] In den Monarchien hieß das damals „Präventivhaft“ und wurde von demokratischen Parteien massiv bekämpft. Betroffen von der Präventivhaft waren vor allem RegimekritikerInnen.
Im neuen bayrischen Polizeigesetz dürfen Polizeikräfte in Zukunft Handgranaten einsetzen.[55] Na, da hoffe ich, daß ich bei deren nächsten Geiselbefreiung oder Demo-Auflösung nicht dabei bin. In Frankreich wiederum wurde der Ausnahmezustand nach den Attentaten 2015 erst aufgehoben, nachdem die Ausnahmerechte in ein neues Antiterrorgesetz gegossen wurden. Der Ausnahmezustand wurde somit „zementiert“.[56] Bei der Überwachung von Fluggästen bei EU-Inlandsflügen[57] wurde das EU-Parlament „über's Ohr gehauen“. Nach langen Verhandlungen war die verpflichtende Überwachung bei Inlandsflügen in eine Freiwillige abgeändert worden. Nachdem das EU-Parlament zugestimmt hatte, beschlossen alle EU-Staaten „freiwillig“ diese Überwachung einzuführen.
Aktuellstes Überwachungsgesetz auf EU-Ebene ist der neue Urheberrechts-/Verwertungs-Schutz, der das Inhalts-Filtern von den Providern fordert. Im Gegensatz zum ersten Entwurf, werden die Provider nicht mehr dazu verpflichtet. Allerdings sind sie (juristisch fragwürdig) für alle über sie hinaufgeladenen Inhalte voll verantwortlich.De facto werden daher die Provider die Internetfilter einbauen, um sich so juristisch abzusichern.[58]

In der EU wurde die Angst vor dem Terror auch genützt, um eine Struktur zur Aufstandsbekämpfung aufzubauen. Diese soll EU-weit Teil der Polizeiausbildung werden.[59] Dazu gehört auch, daß die Verwendung der militärischen Gendarmerieorganisationen von 7 EU-Staaten (z.B.: Frankreich, Italien, …) stärker in die EU-Innen-Sicherheitspolitik eingeplant wird.[60]
Viel zurückhaltender sind die Staaten mit polizeilichen und staatlichen Maßnahmen, wenn es um Verbrechen wie Steuerhinterziehung oder Betrug bei EU-Subventionen geht.

---

53 *[in BND_INTERNETKNOTEN]*
54 *Wobei die Definition von Gefährder juristisch so unbestimmt ist, daß die Behörden jeden unliebsamen damit wegsperren kann. [in BAYERN_UNDENDLICHKEITSHAFT]*
55 *[in POLIZEIGESETZ_BAYERN]*
56 *[in FRANKREICH_AUSNAHMESZUSTAND_ZEMENTIERT]*
57 *[in EU_FLUGGASTDATEN_GESPEICHERT]*
58 *Die Zensurgefahr ist da, weil die Konzerne bisher sehr großzügig das Urheberrecht zu ihren Gunsten interpretiert haben und teilweise auch Inhalte löschen ließen, die ihnen gar nicht gehörten. Bisher konnten die Betroffenen (teilweise auch mit Unterstützung jener, die den Inhalt gesehen hatten) mit viel Aufwand aber auch Unterstützung dagegen vorgehen. In Zukunft fällt das aus. [in EU_INTERNETZENSUR]*
59 *[in EU_AUFSTANDSBEKÄMPFUNG]*
60 *[in MILITAERISCHE_GENDARMERIE_SICHERHEITSPOLITIK]*

Aber man muß nicht so weit schauen. Auch in Österreich sind in letzter Zeit eine Reihe von „Schutzgesetzen“ eingeführt worden, die Bürgerwiderstand in Richtung „Staatsgefährdung“ und Terrorismus rücken.[61]

Interessanterweise gilt diese heftige Überwachung nicht für alle. So hat in Österreich die Regierung bei der neuen Datenschutzverordnung einmal alle Behörden von Bestrafungen wegen Verletzungen ausgenommen. Und bei den Firmen soll zu zuerst einmal nur verwarnt werden.[62] Außerdem können Gesundheitsdaten ohne Zustimmung der Betroffenen verkauft werden.[63] (Natürlich anomyisiert ?) Und vor kurzem ist herausgekommen, daß Geschäftsleute in Privatjets auf kleinen Flughäfen EU-weit nicht kontrolliert werden.[64] (Denn welcher Reiche/Manager würde schon etwas Verbotenes gegen die Gesellschaft machen ?)

Förderlich für dieses Überhandnehmen an Überwachung ist auch die EU-Struktur. Was die wenigsten wissen: Die Polizei- und Justizzusammenarbeit ist für das EU-Parlament tabu. Darüber stimmen nur die jeweiligen Ministerräte ab.[65] Daher werden solche Themen auch gerne auf EU-Ebene gebracht.
Ein schönes Beispiel für dieses Vorgehen war die Durchsetzung der Vorratsdatenspeicherung. Diese wurde zuerst durch die Politik in den Staaten selber versucht. In Österreich und Deutschland gab es eine große innerstaatliche Opposition und der Versuch scheiterte. Dannn kam die Vorratsdatenspeicherung über die EU (zugestimmt haben die InnenministerInnen im EU-Rat). Mittlerweile ist sie auch vom EuGH aufgehoben worden.[66] Davon unbeeindruckt haben die EU-InnenministerInnen es ein zweites Mal über die EU durchgedrückt. In Östereich zum Beispiel als *"Quick freeze von Kommunikationsdaten"*.[67]
Fraglich, ob das EU-Parlament so viel anders entscheidet, aber zumindestens gäbe es mehr Chancen auf öffentliche Diskussionen, wie es sich um die letztendlich (leider) doch genehmigten Upload/Zensur-Filter gezeigt hat.

Überhaupt scheinen die InnenministerInnen der EU-Staaten in den letzten Jahren nach dem Kriterium ausgesucht worden sein: Wer schränkt die Rechte der BürgerInnen stärker ein ?

So hatte ein österreichischer Innenminister gefordert, aus Rücksicht auf die Wirtschaft, Demonstrationen nur mehr in abgelegenen menschenleeren Gebieten zuzulassen.[68] Dabei ist das Demonstrationsrecht eines der wichtigsten demokratischen Grundrechte und macht natürlich nur in den Zentren der Städte oder vor dem Ziel des Unmutes Sinn. Das dieser Innenminister auch

61 *Das sind Punkte wie Fluggastspeicherung, Einschränkung des Versammlungsrechtes, vorbeugende Überwachung der Internetkommunikation (WhatsApp, Skype, …), Ausweitung des Lauschangriffes auf Privat-PKWs, verstärkte zivil-militärische Zusammenarbeit, Einsatz des Bundesheeres im Inneren, … [in OE_STAATSSCHUTZGESETZ]*
62 *[in HARMLOSER_DATENSCHUTZ]*
63 *[in GESUNDHEITSDATEN_VERKAUFEN]*
64 *Das dies so ist, liegt an einer Kombination aus Einfluß und Sparmaßnahmen. In diesen kleinen Nebenflughäfen arbeiten keine PolizistInnen/Zollbehörden sondern nur private Sicherheitsleute. Diese kontrollieren aus Angst vor dem Einfluß der Reichen in Politik und Wirtschaft nicht oder nicht so gründlich, um nicht den Zorn der Vorgesetzten auf sich zu ziehen und so den Arbeitsplatz zu verlieren [in REICHE_WERDEN_NICHT_KONTROLLIERT]*
65 *[in VOEGB_EU, S. . 17, S. 31-45, S. 45-52, S. 53-59] [in WIKI_EP] [in WIKI_VETRAG_LISSABON]*
66 *[in EUGH_URTEIL_DATENSPEICHERUNG]*
67 *[in OE_STAATSSCHUTZGESETZ]*
68 *[in OEVP_WILL_DEMOZONEN]*

irreführende (falsche) Zahlen genannt hat, um das Versammlungsrecht einzuschränken, paßt dazu.[69] Der aktuelle österreichische Innenminister wiederum schürt Vorurteile. Er will, daß die Polizeidienststellen Sexualdelikte bevorzugt an die Medien melden und bei AusländerInnen bzw. bei Ausländischstämmigen die Namen und Herkunftsländer mitteilen.[70]

Das all diese Handlungen gegen die Aufgaben des Innenministers verstoßen bzw. auch seinem Eid widersprechen, hat keinerlei Konsequenzen. Wirklich gefährlich scheint einem Innenminister nur mehr zu werden, wenn er versucht die Polizeirechte oder die Überwachung einzuschränken.

2.2.4) Ablenkung von sozialer Ungerechtigkeit durch militärische Interventionen

Eine altbewährtes Muster, um Gruppen zu einigen, ist ihnen ein Feindbild vorzusetzen.[71] Dieses muß bedrohlich und gefährlich erscheinen, auch wenn die Darstellung mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Im Endeffekt ist es auch nicht wichtig, ob es um einen Feind außerhalb der Gruppe (z.B.: Ausländer, Flüchtlinge, …) oder innerhalb der Gruppe (z.B.: Arbeitslose, Frauen, StudentInnen, …) geht. Aber ein Außenfeind hat zusätzlich den Vorteil, daß man Militär dorthin schicken kann. Und in dem Moment, in dem eigenes Militär kämpft, ist es leicht Kritik (z.B.: soziale Ungerechtigkeit, Interventionsgrund, ...) als Landesverrat abzutun und die Kritiker als „5. Kolonne“[72] des Feindes zu diffamieren.

Dafür ist ab 2001 im Westen der „Krieg gegen den Terror“ verwendet worden und wird in den letzten Jahren der „Kalte Krieg“ gegen Rußland aufgewärmt und in letzter Zeit auch immer stärker ein möglicher Konflikt mit China herausgearbeitet.
Ein „schöner“ Nebeneffekt für Reiche und Wirtschaft ist, daß deren Interesse an militärischer Sicherung von Rohstoffen in anderen Ländern als „Kampf für westliche Werte“ verbrämt werden kann.[73]
Natürlich ist in Kriegszeiten immer notwendig auch die innere Sicherheit - siehe auch Punkt 2.2.3) - vor den AgentInnen des Feindes und die Medien vor seiner Propaganda zu schützen.[74] Womit auch jede Kritik wegen sozialer Ungerechtigkeit als nebensächlich bei dieser Außenbedrohung, als gefährliche „Wehrkraftzersetzung“ weggewischt oder zur Tätigkeit der „5. Kolonne“ werden kann.

---

69 *[in VERSAMMLUNGSRECHT_FALSCHE_ZAHLEN]*
70 *[in VORURTEILE_SCHUEREN]*
71 *„Mit Feindbild wird im Allgemeinen ein soziales Deutungsmuster gegenüber anderen Menschen, Menschengruppen (insbesondere Minderheiten), Völkern, Staaten oder Ideologien bezeichnet, das auf einer Schwarz-Weiß-Sicht der Welt (Dichotomie, Dualismus) beruht und mit negativen Vorstellungen, Einstellungen und Gefühlen verbunden ist.“ [in FEINDBILD_DEFINITION] [in FUNKTION_FEINDBILD]*
72 *„Als fünfte Kolonne (wörtlich „… Säule“, ursprünglich aus dem Spanischen übertragen in der Bedeutung „… Truppe“ oder auch „fünfter Zug“)[1] werden heimliche, subversiv tätige oder der Subversion verdächtige Gruppierungen bezeichnet, deren Ziel der Umsturz einer bestehenden Ordnung im Interesse einer fremden aggressiven Macht ist.“ [in 5TE_KOLONNE]*
73 *[in KRIEG_FUER_FREIHANDEL]*
74 *[in VERSCHWEIGEN_ALS_MANIPULATION]*

2.3) Privilegien für Firmen/Reiche

2.3.1) Nicht SteuerhinterzieherInnen, sondern AufdeckerInnen werden verfolgt

In den letzten Jahren gab es eine Reihe von „Steuer“-Skandalen (Steuer-CDs, Lux-Leaks, Panama-Leaks, …) in denen klar wurde, daß die Reichen und Konzerne ihre Gewinne ohne Steuerzahlungen illegal in Steuersümpfe verlagern. In all diesen Fällen wurden interessanterweise nur die jeweiligen Aufdecker von der Justiz verfolgt und angeklagt.

In Österreich war dies der Fall, als bekannt wurde, daß sich der KTM-Motorrad-Besitzer Pierer (mit Billigung des Finanzamtes) über eine Anstellung in Lichtenstein, jährlich ~ 500.000 EUR an Lohnsteuer ersparte. Finanzminister Schelling setzte alle Hebel in Bewegung, um herauszufinden, wer das weitergegeben hat.[75] Konsequenzen für Finanzminister bzw. seinem Steuer-Protegé hat es nicht gegeben.

Oder der aktuelle EU-Kommissionspräsident. Als damaliger luxemburgischer Finanzminister hat Juncker den Konzernen ein besonderes Steuerservice angeboten. Auf Anfrage wurde die Köperschaftssteuer auf 1% reduziert. Das war zwar auch in der EU rechtswidrig,[76] , aber Konsequenzen hatte es für ihn keine. Der Aufdecker hingegen wurden angeklagt. Dabei hat Juncker damit den Kampf um die niedrigsten Steuern an Standorten für Wirtschaftsbetriebe ins Absurde geführt, beziehungsweise hat er den Budgets der anderen EU-Länder schwer geschadet. [77]

Bei der Förderung der Steuerhinterziehung machen alle EU-Staaten auf die eine oder andere Weise mit, indem sie selber Devisen-Ausländern Schlupflöcher anbieten. Die Beendigung von Steuersparmodellen und/oder die Schließung von Steuerschlupflöchern wird extrem ineffektiv (desinteressiert) bearbeitet. Abstellen scheint dabei nicht das Ziel zu sein.

Steuerflüchtlinge sind übrigens die einzigen Flüchtlinge, die in der EU von allen PolitikerInnen gerne gesehen werden. Und deren Schlepper – pardon Banken helfen eifrigst dabei ohne eine Verfolgung fürchten zu müssen.

75 *[in STEUERSPARMODELL_PIERER_OEFFENTLICH]*
76 *[in STEUERDEAL_EU_ILLEGAL]*
77 *[in LUXLEAKS_INFORMANT_ANGEKLAGT]*

Für die Budgets der betroffenen Staaten ist die Steuerhinterziehung nicht vernachläßigbar. Man schätzt, daß alleine den EU-Staaten dadurch jährlich 1 Billion EUR (1.000 Milliarden EUR) verloren gehen.[78]

2.3.2) Sind Steuersümpfe unantastbar ?

Ein Bild sagt oft mehr als 1000 Worte. Wenn man wissen will, warum die Staaten so wenig gegen Steuersümpfe machen, dann sollte man untenstehende Graphik ansehen. Die größten Industriestaaten haben alle ihre eigenen Steuersümpfe.

Österreich ist hier nicht aufgelistet, trotzdem waren unsere Türkis/schwarzen FinanzministerInnen in den letzten Jahren immer eifrig am Blockieren von mehr Steuertransparenz bzw. dem Verhindern der Trockenlegung von Steuersümpfen beteiligt. Schelling hatte selber ein steuersparendes Modell als XXXLutz Geschäftsführer angewendet.[79] Auch sein Nachfolger Löger wird keine Bilanzoffenlegung auf EU-Ebene für Konzerne unterstützen.[80] Auch wird er weiter Personal bei der Steuerfahndung - somit auch bei der Prüfung von Großunternehmen - einsparen.[81]

Wie schon im vorigen Kapitel beschrieben, sind die Summen, um die es hier geht, keine Peanuts. Man schätzt, daß alleine den EU-Staaten dadurch jährlich 1 Billion EUR (1.000 Milliarden EUR) verloren gehen.[82] Gerade in Zeiten des goldenen Kalbes „Schwarze Budget-Null“, sowie des europäischen Semesters, Two-Pack, Six-Pack, Fiskalpaktes und der Verteufelung der Staatsverschuldung, könnte man durch Austrocknen der Steuersümpfe die Budgetprobleme der meisten Staaten lösen.
Das dies nicht geschieht liegt nicht an der Inkompetenz von PolitikerInnen, sondern am fehlenden Willen. Profitieren von so einer Politik würde die Allgemeinheit und der Staat nicht die Reichen oder Konzerne. So eine Verteilung von Reichtum ist mittlerweile nicht mehr gewünscht.

78 *[in EU_1000_MRD_STEUERHINTERZIEHUNG]*
79 *[in SCHELLING_STEUERSPARMODELL]*
80 *Damit wäre nämlich möglich festzustellen, wieviel Umsatz in einem Land gemacht wurde, und ob der Gewinn damit in Zusammenhang steht, oder ob der Gewinn ein Land mit niedrieger Besteuerung verschoben wurde [in FINANZMINISTER_LOEGER_FOERDERT_STEUERTRICKS]*
81 *[in OEVP_FOERDERT_STEUERTRICKS]*
82 *[in EU_1000_MRD_STEUERHINTERZIEHUNG]*

2.3.3) Sonderrechte für Konzerne/Reiche

Es ist einfach in den letzten Jahren in immer mehr Bereichen zu erkennen, daß Konzernen Sonderrechte/Privilegien und Sonderverdienste zugestanden werden. Dies geschieht meist auf Kosten des Staates oder der Allgemeinheit.

Die Finanzkrise führte dazu, daß die Staaten Kredite aufnehmen mußten, damit sie die Banken vor dem Zusammenbruch retten konnten. Während die EU-Staaten für diese Steigerung ihrer Budgetdefizte mit europäischem Semester, Two-Pack, Six-Pack, Fiskalpakt gezwungen wurden einen Sparkurs zu fahren, und das Budgetdefizit zu senken, wurde von den geretten Banken nichts eingefordert. Sie konnten weitermachen wie bisher.
Im Gegenteil es war selbstverständlich, daß besonders gefährdete Banken verstaatlicht wurden. Dies geschah zwar meist zu einem Spottpreis, aber dafür wurde von den EigentümerInnen keinerlei Kapitalzufuhr abverlangt. Nach Jahren von Gewinnenbezügen, konnten sie sich so auf billige Weise von allen (möglichen) Verlusten befreien.
Danach wurde ein lebensfähiger Teil abgespalten, der aufgrund Vorgaben von der EU-Kommission bis zu einem bestimmten Zeitpunkt (egal zu welchem Preis) verkauft werden mußte, während der Teil mit den Schulden beim jeweiligen Staat verblieb.[83]

Noch geheim wird in der Schweiz der TISA-Vertrag verhandelt, der eine Privatisierung öffentlicher Versorgungen zum Ziel hat. Damit die betroffenen Kommunen auch bei Versagen der privaten Versorgung (z.B.: zu teuer, schlechte Qualität, …) nicht wieder selber übernehmen, wird dies im Vertrag definitiv verboten („Stillhalteklausel“/Standstill).[84]

In den Freihandelsverträgen wird mittlerweile als Punkt explizit die Anerkennung des jeweils niedrigsten Standards hineingeschrieben.[85] Das nützt den Klein- und Mittelständischen Unternehmen nichts, die natürlich voll auf die lokalen Vorschriften eingestellt sind. Es nützt aber den Konzernen, die dann endlich ihre Produkte aus Ländern mit niedrigeren Standards liefern (lassen) können.
Niedrigere Standards heißen für die Menschen hingegen größeres Krebs- & Gesundheitsrisiko, vielleicht auch höhere Arbeitslosigkeit, weil die eigenen Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Standards verlegt wurden. Letztendlich ensteht natürlich auch der Druck auf die Politik, die eigenen Standards zu senken,[86] um wieder „Wettbewerbsfähig“ zu werden.

Bei den Freihandelsverträgen ist man von Positivlisten (es wird explizit festgehalten wofür der Vertrag gilt) zu Negativlisten (es muß genau festgehalten werden, wofür der Vertrag NICHT gilt) übergegangen.[87] Da niemand weiß, was in Zukunft entwickelt wird, sind alle zukünftigen Entwicklungen automatisch Teil des Vertrages. Damit sind den Regierungen die Hände gebunden. Es wird extrem schwer zukünftige gefährliche Entwicklungen zu entschärfen (z.B.: durch starke

83 *z.B.: [in BANKENRETTUNG_AUF_KOSTEN_DES_STAATES]*
84 *[in TISA_STANDSTILL]*
85 *[in STANDARDS_SIND_KEINE_ZOELLE]*
86 *[in TTIP_SCHWAECHT_ARBEITSSCHUTZ]*
87 *[in TISA_STANDSTILL]*

Regulierungen) oder gar vom Markt zu nehmen. Grund dafür ist die Kombination mit den „Investitionsschutzabkommen“ (vulgo Verlustschutzabkommen), welches den Konzernen die Klagerechte für Verluste (z.B.: durch Produktverbote, Produktionsvorschriften, …) gibt , unabhängig von der Gefährlichkeit ihrer Produkte oder deren Auswirkungen auf Menschen und Umwelt.
Somit werden Verträge unterschrieben, zu denen VertragsteilnehmerInnen nicht wissen, welche Bereiche in z.B.: 20 Jahren davon betroffen sind bzw. welche Kosten für die Allgemeinheit entstehen werden.

Ein weiteres Privileg für die Konzerne in den Freihandelsverträgen sind die „Investitionsschutzabkommen“,[88] die in den letzten Jahren immer mehr zu „Verlustschutzabkommen für Konzerne“ verkommen sind.[89] Sie waren ursprünglich dafür gedacht, ausländische Investoren vor Enteignung (z.B.: aufgrund lokaler Korruption) zu schützen. In den letzten Jahren haben die Rechtsanwaltskanzleien aber entdeckt, daß auch Verluste aufgrund von sozialen und ökologischen Gesetzgebungen einklagbar sind. Und das schönste dabei, der klagende Konzern selber ist zu keiner Einhaltung von örtlichen Gesetzen verpflichtet, um Klagen zu dürfen. Der Konzern braucht nur ca. 6-8 Mill. EUR um die Verfahrenskosten bis zum Urteil zahlen zu können. Das können sich Klein und Mittelständische Unternehmen nicht leisten, es stellt somit ein Bevorzugung der Konzerne dar.
Bedenklich ist zusätzlich, daß sich wenige Kanzleien diesen Markt teilen. So ist jeder dieser JuristInnen in Verfahren einmal Kläger, einmal Verteidiger, einmal der „unparteiische“ Dritte. Je mehr zugunsten der Konzerne geurteilt wird, desto besser geht es ihren ArbeitsplatzgeberInnen/Kanzleien.
Die Staaten selber haben weniger Rechte. Sie können geklagt werden, aber nicht selber auf diese Weise klagen. Sie können nur Gesetze erlassen und hoffen, daß sie nicht geklagt werden. Das wissen alle Beteiligten, trotzdem verhandelt die EU am laufenden Band Freihandelsverträge mit diesem Privileg für Konzerne aus.
In Kanada sind viele soziale und ökologische Gesetzesinitiativen deswegen eingeschlafen. Jedesmal, wenn so eine Initiative im Parlament verhandelt wird, kommen Briefe von Rechtsanwaltskanzleien, Konzern xxx fürchtet dadurch yyy Millionen Gewinnverlust und wird klagen, falls das Gesetz verabschiedet wird.[90] Seit NAFTA aktiv ist, wurde Kanada 35 mal verklagt.

Ein weiteres Privileg für Konzerne ist das geringe Interesse der westlichen FinanzministerInnen Steuerhinterziehung bzw. Gewinnverschiebung in Niedrigsteuerländer zu verhindern. Obwohl diese Einnahmen den eigenen Budgets fehlen.

Ein anderes Privileg haben die EU-Unternehmen unter dem Titel Urheberrechtsschutz und Geschäftsgeheimnis bekommen. Sie können selbst entscheiden, welche Dokumente geheim sind. Dabei ist völlig unwichtig, ob diese Dokumente strafrechtlich relevante Inhalte haben oder Information über gefährliche Produkte enthalten. Wenn das Unternehmen das Dokument als

88 *[in PRIVATISIERUNG_JUSTIZ]*
89 *[in INVESTORENSCHUTZKLAGEN_EXTREM_GESTIEGEN; SCHIEDSGERICHTE_VERFASSUNGSWIDRIG; TTIP_KONZERNE_EINFLUSZ]*
90 *[in INVESTORENSCHUTZ_LAEHMT_DEMOKRATIE]*

Geschäftsgeheimnis einstuft, dürfte es Tabu für Whistelblower, JournalistInnen und Strafbehörden sein. Dabei ist egal, wie wichtig die Informations für den Schutz der Öffentlichkeit/Menschen wäre.[91]

Unter dem Stichwort "Gold Plating vermeiden" werden seit Jahren Sozial-, Arbeits-, Umwelt- und Konsumentenrechte ausgehebelt. Kein Gold-Plating sind natürlich die oben erwähnten Privilegien für Konzerne.

91 *[in SCHUTZ_VON_GESCHAEFTSGEHEIMNISSEN]*

3) Mittel des Klassenkampfes von oben

3.1) Manipulationsmittel

3.1.1) Soziale Ungerechtigkeit als Marktgegeben darstellen

Dieser Abbau an sozialen Rechten der ArbeitskraftgeberInnen (vulgo ArbeitnehmerInnen) zugunsten der ArbeitsplatzgeberInnen (vulgo ArbeitgeberInnen) wäre nicht möglich ohne einen entsprechenden ideologischen Unterbau.

Dieses Vorgehen ist nicht neu. Der Adel in den Monarchien hatte sich noch auf eine angebliche göttliche Ordnung gestützt, die auf Erden die Hierarchie König, Adel/Kirche, Bürger, ArbeiterInnen/Taglöhner, Bettler festlegte.[92]

Beim Kapitalismus (bzw. der aktuellen Wirtschaftsordnung) ist es die „unsichtbare Hand des Marktes“, die immer wieder dazu führen soll, daß sich Angebot und Nachfrage ausgleichen und sich auf den für alle Seiten akzeptablesten Preis einigen.[93]
Diese Information ist mittlerweile allen Menschen der westlichen Welt ins Blut übergegangen.

Vergessen (oder bewußt nicht mehr kommuniziert) ist aber worden, daß für das Funktionieren der „unsichtbaren Markthand“ auch gesellschaftliche Normen und staatliche Regelungen notwendig sind. Nur so kann verhindert werden, daß der menschliche Egoismus überhand nimmt.
So hat Adam Smith[94] 4 Blockierungs-/Regulierungs Mechanismen als notwendig erachtet, damit die „unsichtbare Hand“ funktioniert:[95]

1. Die „Sympathie für Mitmenschen“ würde – im Regelfalle – davon abhalten den anderen Menschen Unrecht zuzufügen. Nur dadurch wären stabile Gemeinschaften möglich
2. Das „freiwillige“ Anerkennen der ethischen Regeln einer Gesellschaft
3. Vom Staat geschaffene Rechtsnormen, welche destruktives (= gegen die Gesellschaft gerichtetes Verhalten) bestrafen
4. Die wirtschaftliche Konkurrenz würde verhindern, daß jemand ungewöhnliche Vorteile zu lange besitzt. Aufgrund der möglichen hohen Gewinne, würde von der Konkurrenz alles versucht, um selber diese gewinnbringenden Produkte anbieten zu können

Das Ignorieren einzelner bzw. aller dieser Punkte führt letztendlich dazu, daß sich der Stärkere durchsetzt und daß sich kein Optimum für beide Seiten (Anbieter und Käufer) einstellt.

92 *[in GOTTESGNADENTUM]*
93 *[in SAMUELSON/NORDHAUS S. 318 ff]*
94 *Er war der erste, der die Theorie der „unsichtbaren Hand des Marktes bei der Preisgestaltung“ formuliert hatte [HARMS, S. 16]*
95 *[in HARMS, S. 17]*

Hinzu kommt, daß auch noch folgende Bedingungen erfüllt sein müssen, damit der Markt funktioniert:

A) Alle TeilnehmerInnen sind gleich stark. Es gibt keine Vorteile oder Verzerrungen
   - z.B.: durch Größe, Oligopole, Kartelle, Monopole, Standort; Umweltverschmutzung, ….

B) Alle TeilnehmerInnen haben alle Informationen über die angebotenen Produkte und ihre Verfügbarkeit
   - daher ist auch keine Werbung, Lobbying, … notwendig.

C) Aufgrund der Bedingungen von A) & B) bilden sich durch Angebot und Nachfrage die Preise, die letztendlich zum Optimum durch die „unsichtbare Hand des Marktes“ führen.

Sind die Bedinungen für A) und/oder B) nicht vollständig erfüllt, sprechen Samuelson/Nordhaus von Marktversagen. Dieses führt zu Verzerrungen in Preisbildung.[96]

Wie jeder alleine schon aus den obigen Bedingungen ersehen kann, ist diese Marktbeschreibung nicht der Normalfall. Im Gegenteil, es ist ein Spezialfall. Es kommt in der „freien Natur“ ungefähr so häufig vor, wie ein Lotto-Sechser. Es gibt ihn, aber die wenigsten Lottospieler werden je einen haben.
Evtl. sind die beiden Punkte A) & B) erfüllt, wenn die Großeltern einem Enkel den Wagen verkaufen. Dann wird aber normalerweise Punkt C) nicht erfüllt sein, weil die Großeltern aus Sympathie meist nicht den Marktwert verlangen werden.

Die Profiteure vom aktuellen Wirtschaftssystem wissen das.

- Anders wäre ihr Bemühen für Privilegien wie Urheberrechtsschutz/Verwertungsrecht, wie Investitionsschutzklagen von Konzernen, wie Anerkennung des jeweils niedrigsten Standards in Freihandelsabkommen nicht zu erklären. Oder der Versuch die öffentlichen Infrastrukturen zu privatisieren und gleichzeitig eine Rückverstaatlichung vertraglich zu verhinden (Stillhalteklause/Standstill).
- Daher wird von Reichen/Konzernen soviel Druck auf die Politik gemacht, damit CETA, TTIP, TISA und die anderen Freihandelsabkommen unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt und dann auch ohne Diskussion ratifiziert und umgesetzt werden.

All diese Bemühungen führen zu weiteren Verzerrungen des Marktes und der Preisfindung zugunsten der ökonomisch Starken. So sind auch die Bemühung der Neoliberalen zu erklären, die wichtigsten Institutionen zu entmachten, welche diese Verzerrungen verhindern bzw. rückgängig machen können:

1. Den Staat
2. Die Gesellschaft
3. Die Gewerkschaft

ad 1) Beim Staat geschieht dies durch Steuersenkungen ohne die sinkenden Einnahmen auf andere Weise auszugleichen. Dadurch kann der Staat seine Umverteilung von oben nach unten bzw. soziale

96 *[in SAMUELSON/NORDHAUS, S. 327]*

und infrastrukturelle Versorgungen nicht mehr bezahlen und muß dies privaten Anbietern überlassen. Diese sind aufgrund ihres Profitstrebens nicht in der Lage (und auch nicht willens) gleich günstig wie der Staat zu arbeiten.

- z.B.: die öffentlichen Krankenkassen haben eine Verwaltungsaufwand von ~ 3%, während private Versicherungen (aufgrund von Provisionen und Gewinnauschüttungen) einen Verwaltungsaufwand von ~ 15-30% haben.

ad 2) Bei der Gesellschaft geschieht dies durch die Indoktrination, daß die ICH-AG vollkommen ausreicht und niemand solidarische Systeme (z.B.: Gewerkschaften, …) braucht. Jeder kann für sich selbst verhandeln. Aber dieses Konzept ist nur erfolgreich, wenn alle TeilnehmerInnen gleich stark sind.
Wenn dies nicht der Fall ist (z.B.: Konzern ↔ Konsument oder bei ArbeitsplatzgeberInnen vulgo ArbeitgeberInnen ↔ ArbeitskraftgeberInnen vulgo ArbeitnehmerInnen), dann setzt sich auf diese Weise immer der Stärkere durch.
Solidarische Systeme (Gewerkschaften, Genossenschaften, …) können die Schwäche des Einzelnen durch den Rückhalt in der Gemeinschaft ausgleichen. Daher werden sie auch so massiv verunglimpft.

- Anders ist es nicht zu erklären, daß Vermögenssteuern als Neiddebatte angesehen werden, während Lohndumping in Österreich auch staatlich gefördert wird.

Ad 3) Es gibt in den USA und auch in Deutschland mittlerweile eine Menge Unternehmen, welche sich damit beschäftigen unliebsame (kritische) Betriebsräte zu vertreiben bzw. Vorträge über dieses Vorgehen zu halten.[97] Es gibt sogar einen Fachbegriff dafür: Union Busting.
Dabei werden die ungewünschten Betriebsräte mit einer Kombination aus juristischem (z.B.: falsche Beschuldigungen) und sozialem Druck (z.B.: Wenn Euer Betriebsrat nicht so stur wäre, wären die Arbeitsbedingungen für Euch besser) gesetzt, bis sie entnervt aufgeben.
Medial wird die Gewerkschaft als unbeweglich, starr und altmodisch verunglimpft. Ein Welser Wirtschaftskammer-Obmann wollte die Gewerkschaft sogar verbieten lassen, weil diese gegen die Sonntagsarbeit war.[98] Ein anderer Firmenchef findet die Gründung eines Betriebsrates nicht dienlich und hat mit Konkurs gedroht, falls seine MitarbeiterInnen darauf bestehen. Er ist damit durchgekommen.[99] Niemand (schon gar nicht die Medien) haben ihn dafür kritisiert, daß er seinen MitarbeiterInnen das Recht auf Selbstorganisation verboten hat.
Politisch (z.B.: Troika) wird versucht, die Gültigkeit von Kollektivverträgen zu reduzieren.[100] Eine andere Methode ist, die Kollektivsvertragshandlungen der Gewerkschaft wegzunehmen (z.B.: auf die Betriebe zu verlagern). In der EU haben sich die Staaten im Rahmen des „Euro-Plus“ Vertrages verpflichtet, Kollektivverträge zu schwächen.[101] Die Verlagerung auf Betriebe ist auch eine Schwächung.[102] Wer verhandelt in Betrieben ohne Betriebsrat ? Außerdem sind die Betriebsräte einer Firma in einer schwächeren Verhandlungsposition, als die Gewerkschafter einer Branche, die

97 *[in DIE_FERTIGMACHER; UNION_BUSTING; BETRIEBSRATSFRESSER_AKTIV]*
98 *[in GEWERKSCHAFT_VERBIETEN]*
99 *[in BETRIEBSRAT_NICHT_DIENLICH]*
100 *[in MILLIARDEN_ANSTATT_ARBEITNEHMERRECHTE]*
101 *[in EURO_PLUS_MINUS_KOLLEKTIVVERTRAG]*
102 *[in PUEHRINGER_FUER_VERHANDLUNGEN AUF BETRIEBSEBENE]*

sich mit Betriebsräten verschiedenster Betriebe absprechen.
Die ArbeitgeberInnen sind gegen Branchenverhandlungen, weil sich sich ALLE Betriebe einer Branche das Ergebnis halten müssen, auch jene ohne Betriebsräte. Dank Rot-Grüner „Reformen“ um 2000 herum, arbeitet in Deutschland nur mehr mittlerweile jeder 2. unter Schutz eines Kollektivvertrages (= Tarifvertrag).[103]

3.1.2) Die orwellsche Sprachverfälschung

Sprache ist ein wichtiges Machtelement.[104]

Begriffe enthalten oft viele Bedeutungen. Daher versucht jede Gruppierung/Ideologie/… die eigenen Tätigkeiten mit positiven und die Tätigkeiten anderer oft mit negativen Begriffen zu beschreiben. Und natürlich ermöglicht die Sprache auch die Manipulation der Anderen. Wer hat nicht in der Schule die berühmte Rede Mark-Antons in Shakespeares „Julius Cäser“ als Manipulations-Beispiel vorgesetzt bekommen ?

Gerade die vorherrschende Wirtschaftsströmung, der Neoliberalismus, braucht die sprachlichen Manipulationen.[105] Das Programm des Neoliberalismus klar ausgesprochen ist nämlich für die meisten Menschen nicht attraktiv: Lohndumping und -Kürzungungen; höhere Arbeitslosigkeit; Altersarmut; Reduzierung der öffentlichen Gesundheitsvorsorge; verstärkte private Zusatzversicherungen für Gesundheit, Unfall und Altersvorsorge; Verteuerung der Bildung; Abschaffung öffentlicher Infrastrukturversorgung; …

Daher wird von dessen Vertretern besonders gern das gemacht, was Orwell in seinem Roman „1984“ als „Neusprech“ bezeichnet: Die bewußte Verschleierung des Inhaltes durch andersartige Verwendung von positiven Begriffen. So werden gerne folgende Begriffsverschiebungen verwendet:

Urspr. Begriff	***Neuer Begriff***
Stagnation	Nullwachstum
Verluste	Minuswachstum
Militärintervention	Robuster Friedenseinsatz
Verschlechterung für die Allgemeinheit	Reform
Kanonenbootpolitik	Internationale Verantwortung wahrnehmen
Kündigung/Entlassung	Freisetzung von Arbeitskräften
Primat der Wirtschaft	Marktkonforme Demokratie
Reduzierungen staatlichen Abfangens vor Verarmung/sozialem Abstieg	Mehr Eigenverantwortlichkeit / ICH-AG
Abbau von Sozialen und Arbeits-Schutzrechten	Mehr Wettbewerbsfähigkeit / kein Gold Plating

103 *[in NUR_50_PROZENT_HABEN_KOLLEKTIVVERTRAG]*
104 *[in BEDEUTUNG_SPRACHE; SRACHE_ASYLDEBATTE; WESTLICHES_MARKETING]*
105 *[in NEOLIBERALE_SPRACHE]*

Urspr. Begriff	*Neuer Begriff*
Versteckte Subventionierung von Konzernen	Investitionsschutzabkommen
Zerschlagung des Kollektivvertragsystemes	Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt
...	...

Wie man an den Beispielen sieht, kann die mißbräuchliche Verwendung von positiven Begriffen negative Tatsachen verschleiern, bzw. verharmlosen. Diesen Vorgang nennt man Framing.

Daher ist es auch so wichtig in Widerstandsbewegung gegen das Establishment die Ungleichheiten, die Ungerechtigkeiten klar und deutlich an- bzw. auszusprechen. Das wurde auch von den Sozialdemokraten und Grünen jeweils zu Beginn ihrer Bewegungen gemacht.

Und dieses Verhalten ist heute wieder wichtig. Es hat einen Grund, warum es so viele Lobbyorganisationen, Marketingfirmen und Think Tanks von Seiten der Reichen und Wirtschaft gibt. Deren aktuelle Botschaft ist ohne Framing (Bedeutungsänderung) für die Allgemeinheit ein stinkender Haufen …. .

3.2) Sackgasse: 3. Weg der Sozialdemokraten

3.2.1) Aufgabe der Verteilungsfrage führt zur politischen Belanglosigkeit

Was ist Klassenkampf anders als der Kampf um die Verteilung des Reichtums ?

Leider hat sich nach dem Fall des eisernen Vorhanges und dem Zerfallen des Ostblockes und der Sowjetunion die Linke von den Schalmeienklängen der Neoliberalen betören lassen.

Der „dritte Weg“ von Blair und Schröder war die Folge. Mit Hartz IV hat Schröder *„den effektivsten Niedriglohnsektor Europas geschaffen“* (Copyright Schröder)[106] und gleichzeitig das „Schreckgespenst“ der industriellen Reservearmee des 19. Jhts. wieder auferstehen lassen.[107] Hartz IV-EmpängerInnen (und bald in Österreich auch Arbeitslose in der Mindestsicherung) sind Freiwild für behördliche Schikanen, die nur ein Ziel haben: Die Betroffenen müssen Jobs um jeden Preis annehmen (egal zu welcher Bezahlung, egal zu welchen Bedingungen). So werden Kollektivverträge umgangen und der Druck auf jene in Jobs (mit Kollektivverträgen) erhöht, mehr und/oder kostenlos zu arbeiten, bzw. Lohnkürzungen in Kauf zu nehmen.[108]
Dieser Weg in den Abgrund war nur möglich, weil jene Sozialdemokraten vergessen haben, daß es noch immer um die Verteilungsfrage geht.[109] Damit hat sich die Sozialdemokratie den Sinn ihrer Existenz genommen und ist in vielen Ländern zum Erfüllungsgehilfen für den Neoliberalismus

106 *[in AUFBAU_NIEDRIGLOHNSEKTOR]*
107 *[in WIKI_RESERVEARMEE]*
108 *[in HARTZ4_KLASSENKAMPF]*
109 *[in VERTEILUNGSFRAGE_STELLEN]*

verkommen. Sie hat die Politik gegen ihr Klientel und im Interesse der Reichen/Konzerne umgesetzt.

3.3) Geld als Mittel für Beeinflussung und zum Korrumpieren

3.3.1) Gewinne in politischen Einfluß investieren

Die, vor allem aus den Zielen oder Punkten 2.2.1 – 2.2.4) gewonnenen, zusätzlichen Profite werden teilweise in politische Einflußnahme investiert. So stellte eine AK-Studie fest, daß auf jede/n GewerkschaftsvertreterIn in Brüssel 65 LobbyistInnen der Wirtschaft kommen.[110]

Aber man muß nicht so weit schauen. Die Immobilienbranche hat Kurz im Wahlkampf unterstützt[111] und kann nun steuerfreie Grundstückverkäufe tätigen – im Gegensatz zum Normalbürger.[112]

Auch die in Punkt 3.3.3) aufgezählten Punkte (Investitionsschutzabkommen; Anerkennung jeweils niedrigsten Standards; Stillhalteklausel; …) wären ohne eine entsprechende Einflußnahme nie umgesetzt. NGOs haben festgestellt, daß die EU-Kommission und ihre BeamtInnen während der Verhandlungen hauptsächlich mit LobbyistInnen der Wirtschaft Kontakt hatten. Es waren über 90% der Kontakte.[113]

Besonders beliebt auf EU-Ebene sind sogenannte „ExpertInnenräte“, die vorwiegend mit VertreterInnen der betroffenen Unternehmen besetzt werden. Diese arbeiten dann entsprechende Vorschläge für die EU-Kommission aus. Einmal war diese Einseitigkeit sogar dem EU-Parlament zuviel und es sperrte kurzfristig die Finanzierung solcher „ExpertInnenräte“.[114]

Die NGO Lobbycontrol hat auch einen eifrigen Wechsel von PolitikerInnen und BeamtInnen mit VertreterInnen der Wirtschaft festgestellt. Auf willfährige PolitikerInnen wartet ein gutbezahlter KonsulentInnenposten, Lobbyisten werden auf wichtige Beamtenpositionen gehievt.[115]

- Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Barroso, der nach der Finanzkrise nicht in der Lage war den Bankenspekulation durch Regulierungen Einhalt zu gebieten, ist nun Konsulent für die Investment Bank Goldman-Sachs
- Barbara Gallani, die Chef-Lobbyistin der britischen Nahrungsmittelindustrie ist seit 2016 die Chefin der Europäischen Lebensmittelssicherheit
- Der ehemalige Handelskommissar Karel de Grucht ist nun Aufsichtsratsmitglied im Konzern Mittal

110 *[in LOBBY_UEBERMACHT_IN_BRUESSEL]*
111 *[in KURZ_SPENDER]*
112 *[in IMMOBILIEN_STEUERGESCHENK]*
113 *[in TTIP_LOBBY_KONTAKTE]*
114 *[in EINSEITIGE_EU_EXPERTENRAETE]*
115 *[in EU_SEITENWECHSLER]*

- Die ehemalige Wettbewerbskommissarien Neelie Kroes ist nun Beraterin für Uber sowie der Bank of America, …
- John Clancy (ehemaliger Sprecher von Handelskommissar de Grucht) ist nun in der Lobbyfirma FTI-Consulting
- ...

In den Kapiteln 3.3.1) & 3.3.2) wurde aufgezeigt, wie gering das Interesse der Politik ist SteuerhinterzieherInnen zu verfolgen und Steuersümpfe trockenzulegen. Das war einmal anders – oder zumindestens nicht soooo desinterisiert.

Oder man erinnert sich an den Abgasskandal, indem herauskam, daß alle europäischen Autofirmen die Abgas-Tests mit eigener Software betrügen. Der eigentliche Skandal dabei: Millionen AutokäuferInnen sind betrogen (falsche technische Angaben, falsche Hoffnung auf Umweltschutz, …) worden, aber die verantwortlichen Firmen bzw. ihre EigentümerInnen sind nicht belangt worden.[116]
Wie anders ist Medien- und PolitikerInnenecho wenn ein Arbeitsloser eine Ladendiebstahl begeht. Und wenn er vielleicht noch dazu Ausländer oder gar Asylwerber ist. Diese Info zu verbreiten verlangt ja auch gerade der aktuelle Innenminister.[117] Und dabei geht es in diesen Fällen um einen winzigen Bruchteil jener Beträge, um welche die Autofirmen den Staat und die KäuferInnen betrogen haben. Ich sage nur Allergien, Umweltschäden beseitigen, Krankheiten aufgrund von Umweltverschmutzung, ...

Diese Liste kann man leider endlos fortführen. Ich hoffe die oben genannten Beispiele zeigen deutlich, daß die Reichen/Konzerne ihre Gewinne nicht nur für Investitionen und Luxus sondern auch ganz massiv für die Erlangung von Privilegien bzw. Korrumpierung von Verantwortlichen investieren.

116 *[in VW_SCHAFFT_RECHTSTAAT_AB]*
117 *[in VORURTEILE_SCHUEREN]*

4) Resuméé

Der Schluß kann daher nur sein: Wir haben alle Anzeichen von Klassenkampf von oben nach unten.

- Medien, Politik, Konzerne streiten ab, daß es ihn gibt, sichern sich aber zunehmend Sonderrechte/Privilegien.
- Die Verteilungsentwicklung von Vermögen und Einkommen verschieben sich immer mehr zugunsten der Reichen und Konzerne
- Die Rechte der anderen Gruppen/Klassen werden systematisch abgebaut
- ....

Unterstützt wird diese Tendenz des Sozialabbaus auch von der EU-Kommission, die in den letzten Jahren immer wieder Initiativen in diese Richtung gestartet hat. In der neuesten Initiative wird all jenen Staaten Geld versprochen, welche die Pensionsalter anheben, den Mindestlohn senken und Arbeitsrechte abbauen. Das ganze versteckt sich in einem *„Vorschlag zur Veränderung der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds“*.[118]
Interessant, daß Medien (fast ?) nichts über diese Richtlinie berichten. Liegt es daran, daß die Medien größtenteils in privater Hand jener sind, die von so einer Politik profitieren ?

Die aktuelle österreichische Regierung zeigt, wie Klassenkampf real aussieht:

- Steuersenkungen für Firmen; Steuerabsetzung für Kinderbeihilfen, die nur die Reichen voll nützen können
- Abbau sozialer Versorgung (Zerschlagung AUVA; Mindestsicherung statt Notstandshilfe; Schwächung von Arbeitsschutzrechten; Ausweitung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit; Privatisierung der Gesundheitsversicherung durch Verkrüppelung der öffentlichen Krankenkassen; …)

Begründet wird es mit Nulldefizit, das aber ohne die Steuersenkung an das eigene Clientel nicht gefährdet gewesen wäre.

Wozu ist es nun wichtig, sich wieder bewußt zu machen, daß es (noch immer) einen Klassenkampf gibt ?

Wie soll man etwas ändern können, wenn man nur das Symptom aber nicht die Ursache sieht ?

Eine reine Symptombekämpfung wäre genauso, wenn meine Wohnung brennt und ich setze eine Sauerstoffmaske auf, weil mich der Rauch stört. Ich bleibe aber weiter in der Wohnung. Das hilft kurzfristig. Aber wenn ich nicht auch das Feuer lösche, wird es mich verbrennen.

118 *[in EU_HARTZ4_FUER_ALLE]*

Daher ist es so wichtig, sich wieder folgendes bewußt zu machen:

- Der Verteilungskampf geht weiter und steht momentan extrem zu Gunsten der Reichen/Konzerne
- Verteilungskampf ist Klassenkampf
- Nur wer das weiß, kann auch etwas dagegen machen

4.1) Diskussionsfragen

Es stellen sich folgende Diskussionsfragen

- *Was ist Klassenkampf ?*
- *Gibt es aktuell einen Klassenkampf ?*
- *Haben Ärmere/Mittelschicht ein Anrecht von ihrem Verdienst auch leben zu können ?*
- *Muß Verteilung per se ungleich sein ?*
- *Hat die Gesellschaft etwas davon, wenn es nur geringe Ungleichheit gibt ?*
- *Wer hat etwas davon, wenn in einer Gesellschaft eine hohe Ungleichheit vorherrscht ?*
- *Sind Reiche ein Teil der Gesellschaft ?*
- *Sind Arme ein Teil der Gesellschaft ?*
- *Gibt es noch andere Punkte, an denen man einen Klassenkampf feststellen kann ?*

5) Literaturliste

5.1) Bücher

BEER, Elisabeth/GREIF, Wolfgang/HINTEREGGER, Karin/LETZ, Sabine/OBERNDORFER, Lukas/STROHMEIER, Marcus/TEMPL, Norbert/WEDL, Valentin; *Die Europäische Union;* VOEGB; Wien 2014; [weiterhin VOEGB_EU]

HARMS, Jens; *Funktionsanalyse der kapitalistischen Gesellschaft;* Frankfurt a.Main 1983; [weiterhin HARMS]

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- & SOZIALGESCHICHTE [Hg.]; *Arbeitshefte 1-4*; Wien 1998; [weiterhin WIRTSCHAFTSGESCHICHTE]

SAMUELSON, Paul A. / NORDHAUS, William D.; *Volkswirtschaftslehre;* Wien 1998; [weiterhin SAMUELSON/NORDHAUS]

5.2) Zeitschriften

AK für Sie; Mai/2017; Wien 2017; [weiterhin AK_FUER_SIE]

5.3) Weblinks

http://arbeitsunrecht.de/ttip-jobwunder_beispiel-nafta/ - 07.10.2018; [weiterhin NAFTA_JOBZERSTOERER]

http://arbeitsunrecht.de/union-busting_betriebsratsfresser-aktion/ - 27.10.2018; [weiterhin BETRIEBSRATSFRESSER_AKTIV]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ak-wertschoepfungsbarometer-2014/ - 09.09.2018; [weiterhin GEWINNAUSSCHUETTUNG_GESTIEGEN]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ceta-privilegien/ - 10.10.2018; [weiterhin INVESTORENSCHUTZ_LAEHMT_DEMOKRATIE]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ceta-ttip-co-regulationsstandards-sind-keine-zoelle/ - 10.10.2018; [weiterhin STANDARDS_SIND_KEINE_ZOELLE]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/die-verteilungsfrage-in-die-politische-arena-tragen/#more-17297 – 09.09.2018; [weiterhin VERTEILUNGSFRAGE_STELLEN]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/hamsterrad-hartziv/ - 09.09.2018; [weiterhin HARTZ_IV_HAMSTERRAD]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/hartz-iv-klassenkampf-von-oben/ - 09.09.2018; [weiterhin HARTZ4_KLASSENKAMPF]

http://blog.arbeit-wirtschaft.at/vw-skandal-die-macht-der-konzerne-beim-lobbying-auf-eu-ebene/ - 27.10.2018; [weiterhin LOBBY_UEBERMACHT_IN_BRUESSEL]

http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament - 20.10.2014; [weiterhin WIKI_EP]

http://derstandard.at/2000002846212/Unternehmen-dominieren-Freihandels-Lobbying – 27.10.2018; [weiterhin TTIP_LOBBY_KONTAKTE]

http://derstandard.at/2000023649503/IV-Kapsch-fordert-Arbeitserlaubnis-fuer-Asylbewerber – 09.09.2018; [weiterhin KAPSCH_ARBEITSERLAUBNIS]

http://derstandard.at/2000032763556/US-Handelsexpertin-TTIP-setzt-Arbeitnehmer-unter-Druck – 07.10.2018; [weitherhin TTIP_SENKT_ARBEITNEHMERINNENRECHTE]

http://derstandard.at/2000034754534/Oekonom-Wer-Fluechtlinge-integrieren-will-muss-Lohndumping-betreiben – 09.09.2018; [weiterhin LOHNDUMPING_FUER_FLUECHTLINGSINTEGRATION]

http://derstandard.at/2000038496908/Arbeitszeit-Puehringer-fuer-Flexibilisierung-auf-Betriebsebene - 27.10.2018; [weiterhin PUEHRINGER_FUER_VERHANDLUNGEN AUF BETRIEBSEBENE]

http://derstandard.at/2000059676094/Antiterrorgesetz-Frankreich-will-Ausnahmezustand-zementieren – 10.10.2018; [weiterhin FRANKREICH_AUSNAHMESZUSTAND_ZEMENTIERT]

http://derstandard.at/2000062205427/Vier-Monate-Praktikum-in-der-Gastronomie-Mit-200-Euro-abgespeist – 09.09.2018; [weiterhin AUSBEUTUNG_PRAKTIKUM]

http://fm4.orf.at/stories/1757994/ - 09.09.2018; [weiterhin TTIP_KONZERNE_EINFLUSZ]

http://mosaik-blog.at/konsum-statt-demokratie-oevp-demos-verbieten-demozonen/ - 10.10.2018; [weiterhin OEVP_WILL_DEMOZONEN]

http://norberthaering.de/de/27-german/news/965-eu-kommission – 09.09.2018; [weiterhin EU_HARTZ4_FUER_ALLE]

http://oesterreich.orf.at/stories/2685757/ - 09.09.2018; [weiterhin MASSIVER_REALLOHNVERLUST]

http://ooe.orf.at/news/stories/2744496/ - 27.10.2018; [weiterhin GEWERKSCHAFT_VERBIETEN]

http://orf.at/stories/2292795/2292454/ - 10.10.2018; [weiterhin SRACHE_ASYLDEBATTE]

http://orf.at/stories/2308911/ - 09.09.2018; [weiterhin AUSBEUTUNG_PRAKTIKANTEN]

http://orf.at/stories/2308911/2308912/ - 07.10.2018; [weiterhin AUFSTAND_PRAKTIKANTINNEN]

http://orf.at/stories/2333526/ - 09.09.2018; [weiterhin WIFO_FUER_BEGR_HARTZ4]

http://salzburg.orf.at/news/stories/2772229/ - 27.10.2018; [weiterhin BETRIEBSRAT_NICHT_DIENLICH]

http://www.akeuropa.eu/de/verschaerfte-vermarktung-der-oeffentlichen-dienstleistungen.html?cmp_id=7&news_id=2107&vID=24 – 10.10.2018; [weiterhin TISA_STANDSTILL]

http://www.boeckler.de/53957_53970.htm – 09.09.2018; [weiterhin MASSIVE_STEIGERUNG_MANAGERGEHAELTER]

http://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/whistle-blower/ - 10.10.2018; [weiterhin

SCHUTZ_VON_GESCHAEFTSGEHEIMNISSEN]

http://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/loehne-ausbeutung-der-aermsten-muss-beendet-werden-a-1552569 - 27.10.2018; [weiterhin NUR_50_PROZENT_HABEN_KOLLEKTIVVERTRAG]

http://www.gegenblende.de/30-2014/++co++b8b24530-8202-11e4-b329-52540066f352 - 27.10.2018; [weiterhin DIE_FERIGMACHER]

http://www.golem.de/news/reform-beschlossen-bundestag-erlaubt-bnd-vollen-zugriff-auf-internetknoten-1610-123962.html – 10.10.2018; [weiterhin BND_INTERNETKNOTEN]

http://www.handelsblatt.com/politik/international/luxleaks-informanten-drohen-bis-zu-zehn-jahren-haft/13496186.html – 10.10.2018; [weiterhin LUXLEAKS_INFORMANT_ANGEKLAGT]

http://www.heise.de/tp/artikel/43/43903/1.html – 09.09.2018; [weiterhin SCHIEDSGERICHTE_VERFASSUNGSWIDRIG]

http://www.heise.de/tp/artikel/45/45755/1.html – 09.09.2018; [weiterhin ALLES_MUSZ_RAUS]

http://www.heise.de/tp/artikel/46/46749/1.html – 09.09.2018; [weiterhin BANKENRETTUNG_AUF_KOSTEN_DES_STAATES]

http://www.heise.de/tp/artikel/46/46770/1.html – 10.10.2018; [weiterhin MILITAERISCHE_GENDARMERIE_SICHERHEITSPOLITIK]

http://www.hintergrund.de/201606023970/soziales/reformen/neues-hartz-iv-gesetz-weniger-rechte-mehr-repression.html – 09.09.2018; [weiterhin HARTZ_IV_VERSCHAERFUNG]

http://www.lobbypedia.de/wiki/Seitenwechsler_auf_EU-Ebene - 06.09.2016; [weiterhin EU_SEITENWECHSLER}

http://www.nachdenkseiten.de/?p=19020 – 09.09.2018; [weiterhin GRIECHENLAND_VERWUESTET]

http://www.nachdenkseiten.de/?p=25191 – 09.09.2018; [weiterhin HARTZ_IV_TRANSFORMATION_DEMOKRATIE]

http://www.nachdenkseiten.de/?p=26919 – 10.10.2018; [weiterhin VERSCHWEIGEN_ALS_MANIPULATION]

http://www.nachdenkseiten.de/?p=27891 – 10.10.2018; [weiterhin WESTLICHES_MARKETING]

http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1395227332643 – 09.09.2018; [weiterhin MILLIARDEN_ANSTATT_ARBEITNEHMERRECHTE]

http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1410170959170 – 27.10.2018; [weiterhin EINSEITIGE_EU_EXPERTENRAETE]

http://www.solidarwerkstatt.at/index.php?option=com_content&view=article&id=1622:eu-globalstrategie-krieg-fuer-freihandel&catid=62&Itemid=89 – 10.10.2018; [weiterhin KRIEG_FUER_FREIHANDEL]

http://www.solidarwerkstatt.at/index.php?option=com_content&view=article&id=1659:mit-sicherheit-zum-fuerchten&catid=48&Itemid=224 – 10.10.2018; [weiterhin OE_STAATSSCHUTZGESETZ]

http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hartz-iv-14-5-millionen-betroffene-darunter-4-4-millionen-kinder-a-1119483.html – 09.09.2018; [weiterhin HARTZ_IV_VIELE_BETROFFENE]

http://www.sueddeutsche.de/bayern/gefaehrder-gesetz-bayern-fuehrt-die-unendlichkeitshaft-ein-1.3594307 –

10.10.2018; [weiterhin BAYERN_UNDENDLICHKEITSHAFT]

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=755&Itemid=1 - 27.10.2018; [weiterhin EURO_PLUS_MINUS_KOLLEKTIVVERTRAG]

http://www.wirtschaftundgesellschaft.de/2015/09/vw-ber-ist-deutschland-in-der-praxis-noch-ein-rechtsstaat/ - 27.10.2018; [weiterhin VW_SCHAFFT_RECHTSTAAT_AB]

http://www.zeit.de/news/2016-08/06/deutschland-zeitung-52-prozent-der-hartz-iv-aufstocker-sind-fachkraefte-06101005 – 09.09.2018; [weiterhin FACHKRAEFTE_ALS_AUFSTOCKER]

http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-10/freihandelsabkommen-nafta-usa-kanada-kritik-schaden – 09.09.2018; [weiterhin NAFTA_KRITIK]

https://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.co.at/2016/09/188.html – 09.09.2018; [weiterhin SOZIALWIDRIGES_HARTZ_IV]

https://awblog.at/gold-plating-ein-gefaehrliches-spiel-um-gesellschaftspolitische-standards/ - 09.09.2018; [weiterhin SOZIALABBAU_ALS_GEFAHR]

https://awblog.at/gold-plating-skandal/ - 09.09.2018; [weiterhin SOZIALABBAU_ALS_GOLDPLATING]

https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCnfte_Kolonne – 10.10.2018; [weiterhin 5TE_KOLONNE]

https://de.wikipedia.org/wiki/Feindbild – 10.10.2018; [weiterhin FEINDBILD_DEFINITION]

https://de.wikipedia.org/wiki/Gottesgnadentum – 07.10.2018; [weiterhin GOTTESGNADENTUM]

https://de.wikipedia.org/wiki/Industrielle_Reservearmee – 09.09.2018; [weiterhin WIKI_RESERVEARMEE]

https://de.wikipedia.org/wiki/Klassenkampf – 09.09.2018; [weiterhin WIKI_KLASSENKAMPF]

https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon – 12.9.2015; [weiterhin WIKI_VERTRAG_LISSABON]

https://derstandard.at/1389859929285/Lutz-XXX-Steuersparmodell – 10.10.2018; [weiterhin SCHELLING_STEUERSPARMODELL]

https://derstandard.at/2000032763556/US-Handelsexpertin-TTIP-setzt-Arbeitnehmer-unter-Druck – 10.10.2018; [weiterhin TTIP_SCHWAECHT_ARBEITSSCHUTZ]

https://derstandard.at/2000065269641/KTM-Chef-und-Kurz-Spender-Pierer-Gut-versichert-in-Liechtenstein – 09.09.2018; [weiterhin STEUERSPARMODELL_PIERER_OEFFENTLICH]

https://derstandard.at/2000067609498/Wie-Oesterreich-im-Kampf-gegen-Steueroasen-bremst – 09.09.2018; [weiterhin OESTERREICH_BREMST_FUER_STEUERSUEMPFE]

https://derstandard.at/2000071874920/Breite-Front-gegen-Regierungsplaene-zu-Arbeitslosengeld – 09.09.2018; [weiterhin MINDESTSICHERUNG_STATT_NOTSTANDSHILFE]

https://derstandard.at/2000082327813/Warum-mir-das-Wort-Europa-schon-bei-den-Ohren-herauskommt – 10.10.2018; [weiterhin BEDEUTUNG_SPRACHE]

https://epicenter.works/content/irrefuehrende-zahlen-stuetzten-einschraenkung-des-versammlungsrechts – [weiterhin VERSAMMLUNGSRECHT_FALSCHE_ZAHLEN]

https://epicenter.works/content/neues-gesetz-sensible-personenbezogene-gesundheitsdaten-sollen-an-die-forschung-verscherbelt – 10.10.2018; [weiterhin GESUNDHEITSDATEN_VERKAUFEN]

https://fm4.orf.at/stories/2858363/ - 10.10.2018; [weiterhin EUGH_URTEIL_DATENSPEICHERUNG]

https://fm4v3.orf.at/stories/1773390/index.html – 09.09.2018; [weiterhin INVESTORENSCHUTZKLAGEN_EXTREM_GESTIEGEN]

https://kontrast.at/855-euro-sozialbetrug-deckelung/ - 09.09.2018; [weiterhin BILLIGER_SOZIALBETRUG]

https://kontrast.at/aus-fuer-aktion-20-000-spart-schwarz-blau-bei-langzeitarbeitslosen/ - 07.10.2018; [weiterhin AUS_AKTION_20.000]

https://kontrast.at/das-sind-die-kurz-spender/ - 27.10.2018; [weitherhin KURZ_SPENDER]

https://kontrast.at/finanzminister-loeger-multis-beim-steuertricksen/ - 09.09.2018; [weiterhin FINANZMINISTER_LOEGER_FOERDERT_STEUERTRICKS]

https://kontrast.at/forderungen-von-wkoe-und-iv/ - 09.09.2018; [weiterhin IV_SOZIALABBAU]

https://kontrast.at/jeder-euro-fuer-den-arbeitsmarkt-rechnet-sich-bereits-nach-5-jahren/ - 09.09.2018 ; [weiterhin ARBEITSMARKTINVESTIONEN]

https://kontrast.at/oesterreich-verliert-jedes-jahr-1-mrd-euro-durch-steuertricks-der-finanzminister-hilft-dabei/ - 09.09.2018; [weiterhin FINANZMINISTER_FOERDERT_STEUERTRICKS]

https://kontrast.at/oesterreich-verliert-jedes-jahr-1-mrd-euro-durch-steuertricks-der-finanzminister-hilft-dabei/ - 09.09.2018; [weiterhin OESTERREICH_VERLIERT_DURCH_STEUERTRICKS]

https://kontrast.at/oevp-oeffnet-steuerfluchtrouten-wieder/ - 09.09.2018; [weiterhin OEVP_FOERDERT_STEUERTRICKS]

https://kontrast.at/pilotenstreik-ryanair/ - 09.09.2018; [weiterhin RYANAIR_SELBST_PILOTEN]

https://kontrast.at/regierung-schafft-grunderwerbssteuer-fuer-immo-wirtschaft-ab/ - 27.10.2018; [weiterhin IMMOBILIEN_STEUERGESCHENK]

https://kontrast.at/so-hilft-finanzminister-schelling-den-multis-beim-steuertricksen/ - 09.09.2018; [weiterhin FINANZMINISTER_FOERDERN_STEUERSUEMPFE]

https://kontrast.at/warum-das-schwarz-blaue-arbeitslosengeld-neu-schlimmer-wird-als-hartz-iv/ - 07.10.2018; [weiterhin OESTERREICH_HARTZ_IV]

https://kontrast.at/wie-die-regierung-einen-fachkraeftemangel-konstruiert-und-wem-das-nuetzt/ - 09.09.2018; [weiterhin FACHKRÄFTEMANGEL_FUER_LOHNDUMPING]

https://netzpolitik.org/2018/ab-sommer-in-bayern-das-haerteste-polizeigesetz-seit-1945/ - 10.10.2018; [weiterhin POLIZEIGESETZ_BAYERN]

https://netzpolitik.org/2018/das-eu-parlament-legt-einen-schleier-ueber-das-internet-votum-fuer-upload-filter-und-leistungsschutzrecht/ - 10.10.2018; [weiterhin EU_INTERNETZENSUR]

https://newsv2.orf.at/stories/2258634/2258643 – 09.09.2018; [weiterhin EINKOMMEN_SINKEN]

https://ooe.orf.at/news/stories/2765455/ - 09.09.2018; [weiterhin OOE_MINDESTSICHERUNG_REDUZIERT]

https://orf.at/stories/3033801/ - 10.10.2018; [weiterhin VORURTEILE_SCHUEREN]

https://www.blickpunkt-wiso.de/post/2191 – 07.10.2018; [weiterhin EU_TROIKA_FUER_ALLE]

https://www.dielinke-europa.eu/de/article/11527.amazon-junckers-steuerdeal-verst%C3%B6%C3%9Ft-gegen-eu-recht.html – 10.10.2018; [weiterhin STEUERDEAL_EU_ILLEGAL]

https://www.heise.de/tp/features/Das-Parlament-soll-nicht-bestimmen-duerfen-was-der-Wirtschaft-erlaubt-ist-3400508.html – 09.09.2018; [weiterhin WIRTSCHAFT_KNEBELT_PARLAMENTE]

https://www.heise.de/tp/features/Eine-Teilprivatisierung-der-Justiz-3364259.html – 10.10.2018; [weiterhin PRIVATISIERUNG_JUSTIZ]

https://www.heise.de/tp/features/EU-plant-weitere-Polizeiausbildung-zur-Aufstandsbekaempfung-3369761.html – 10.10.2018; [weiterhin EU_AUFSTANDSBEKÄMPFUNG]

https://www.heise.de/tp/features/Rasterfahndung-von-Passagierdaten-wird-ausgeweitet-3745085.html – 10.10.2018; [weiterhin EU_FLUGGASTDATEN_GESPEICHERT]

https://www.heise.de/tp/features/Starke-Zunahme-von-Nullstundenvertraegen-in-Grossbritannien-3364229.html – 09.09.2018; [weiterhin GB_NULL_STUNDENVERTRAEGE]

https://www.jungewelt.de/2016/10-04/021.php – 09.09.2018; [weiterhin STAATSANWALT_JOBCENTER]

https://www.nachdenkseiten.de/?p=2087 – 10.10.2018; [weiterhin NEOLIBERALE_SPRACHE]

https://www.nachdenkseiten.de/?p=23432 – 10.10.2018; [weiterhin FUNKTION_FEINDBILD]

https://www.nachdenkseiten.de/?p=4480 – 09.09.2018; [weiterhin AUFBAU_NIEDRIGLOHNSEKTOR]

https://www.neues-deutschland.de/artikel/1052808.jobcenter-darf-nicht-in-sex-shop-zwangsvermitteln.html – 09.09.2018; [weitherhin KEINE VERMITTLUNG_SEXSHOP]

https://www.news.at/a/steuerbetrug-karas-1000-mrd-euro-in-eu-jaehrlich-8563043 – 10.10.2018; [weiterhin EU_1000_MRD_STEUERHINTERZIEHUNG]

https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/union-busting-in-deutschland-ah77.html - 27.10.2018; [weiterhin UNION_BUSTING]

https://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/sicherheitsluecken-an-flugplaetzen-reiche-werden-nicht-kontrolliert/22852408-all.html – 10.10.2018; [weiterhin REICHE_WERDEN_NICHT_KONTROLLIERT]

https://www.vn.at/politik/2018/04/26/harmloser-datenschutz.vn – 10.10.2018; [weiterhin HARMLOSER_DATENSCHUTZ]